



Die politische Landschaft der Weimarer Republik

EINE STUDIE NACH POLITISCHEN GEGENSÄTZEN UND
ÜBEREINSTIMMUNGEN IN DEN PARTEIPROGRAMMEN
VERSCHIEDENER WEIMARER PARTEIEN

Rogier Mul - s4473213 – Studienjahr 2016/2017 (2017-07-12)

RADBOUD-UNIVERSITÄT NIJMEGEN - FAKULTÄT DER GEISTESWISSENSCHAFTEN – BA DEUTSCHE
SPRACHE UND KULTUR– BETREUER: A. KRAUSE & R.J.T.B. GERRITSEN

0.0 – Zusammenfassung

Der Untergang der Weimarer Republik (1918-1933) ist schon für viele Wissenschaftler aus den unterschiedlichsten Bereichen ein wichtiges Forschungsthema gewesen. Vor allem die Wehrbarkeit der Weimarer Republik und deren Unterstützungsbasis unter der Bevölkerung sind zwei Schwerpunkte der bisherigen Studien. Die vorliegende Arbeit hat sich mit den Parteiprogrammen von sieben verschiedenen Weimarer Parteien (KPD, USPD, SPD, DDP, DZP, DVP und DNVP) auseinandergesetzt und untersucht, ob es vor allem politische Gegensätze oder politische Übereinstimmungen gegeben hat. Anhand der Ergebnisse der Reichstagswahl von 1920 ist die Studie zu dem Ergebnis gekommen, dass in den meisten Fällen politische Mehrheiten und Kooperation tatsächlich möglich waren, vor allem was innenpolitische Themen betrifft: Themen wie Föderalismus, Kolonialpolitik, Landwirtschaft, Frauenrechte, Sozialpolitik, Bildung und Wirtschaft. Die Studie weist aber nach, dass es über die wichtigen Themen Außenpolitik und Staatsystem keine vergleichbare Einigung gegeben hat und aus den Daten geht hervor, dass es hier eine große Meinungsverschiedenheit gab.

Inhalt

0.0 – Zusammenfassung	1
1.0 – Einleitung	3
2.0 – Die Parteiprogramme	9
2.1 Inhalt der Parteiprogramme	9
2.1.1 Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)	9
2.1.2 Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD)	11
2.1.3 Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD).....	13
2.1.4 Deutsche Demokratische Partei (DDP).....	14
2.1.5 Deutsche Zentrum Partei (DZP)	17
2.1.6 Deutsche Volkspartei (DVP)	20
2.1.7 Deutschnationale Volkspartei (DNVP).....	24
2.2 Vergleich der Parteiprogramme.....	28
2.2.1 Frauenrechte	28
2.2.2 Föderalismus	28
2.2.3 Staatssystem	29
2.2.4 Außenpolitik.....	29
2.2.5 Kolonialpolitik.....	30
2.2.6 Bildungssystem	30
2.2.7 Landwirtschaft.....	31
2.2.9 Sozialpolitik	32
2.2.10 Kategorisierung	33
3.0 – Ergebnisse	35
3.1 Fallbeispiel	35
3.1.1 Die Reichstagwahl von 1920	35
3.1.2 Absolute Mehrheiten	35
3.1.2 Knappe Mehrheiten	36
3.1.3 Keine Übereinstimmung.....	36
3.2 Endergebnis.....	37
4.0 – Ausblick	39
5.0 – Literaturverzeichnis.....	40

1.0 – Einleitung

Am frühen Mittag des 9. Novembers 1918 wurde der deutschen Bevölkerung eine sehr bedeutende Nachricht übermittelt: Der deutsche Kaiser und König von Preußen Wilhelm II., der inzwischen in die belgische Stadt Spa geflüchtet war, dankt ab und verzichtet auf den Thron.¹ Am gleichen Tag wurden zwei neue deutsche Staaten ausgerufen: Philipp Scheidemann gelang es, am gleichen Mittag vom Balkon des Reichstages die neue ‚Deutsche Republik‘ auszurufen. Nur einige Stunden danach folgte Karl Liebknecht und rief ebenfalls in Berlin, diesmal vom Balkon des Berliner Stadtschlosses, die ‚freie sozialistische Republik Deutschland‘ aus.² Die neue deutsche Republik war schon am ersten Tag gespalten.

1933 kam diese gesplattene Republik schon zu Ende. Kaum 14 Jahre nach seiner Gründung.³ In diesem Jahr verabschiedete der Reichstag am 23. März das sogenannte „Ermächtigungsgesetz“.⁴ Adolf Hitler hatte alle Mittel, die die demokratische Weimarer Verfassung ihm gegeben hat, verwendet, um dieselbe Demokratie zu beenden.⁵ Viele Historiker sehen die Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes aber nicht als ein isoliertes Ereignis:

In der Rückschau kann Thälmann als einer der Wegbereiter Hitlers und seiner braunen Diktatur angesehen werden. Er öffnet dem selbsternannten 'Führer' nicht wie die reaktionäre, erzkonservative Politikerkaste um Franz von Papen, Alfred Hugenberg und die Hindenburg-Kamarilla die Tür der Reichskanzlei, aber er räumt ihm Hindernisse auf dem Weg dorthin beiseite.⁶

So lautet das Urteil des deutschen Journalisten Armin Fuhrer⁷ über Ernst Thälmann, den Führer der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD). Nicht nur die konservativen Parteien am rechten Rand des politischen Spektrums haben Adolf Hitler und seiner NSDAP in den Sattel geholfen und den Anfang vom Ende der Weimarer Republik eingeläutet, sondern auch Adolf Hitlers Gegner am linken Rand. Der Historiker Heinrich August Winkler bezeichnet die KPD in seinem Buch *Weimar 1918-1933: die Geschichte der ersten deutschen Demokratie* als eine gewalttätige totalitäre Partei, die auf einen Bürgerkrieg abzielte und Gewalt im Zeichen der Revolution als politisches Mittel benutzt hat.⁸ Laut Winkler sei diese Gewaltbereitschaft ein wichtiger Grund gewesen für die großen Gegensätze zwischen Sozialdemokraten und

¹ Vgl. Mommsen 2016, 36.

² Vgl. Winkler 2006, 33

³ Vgl. Winkler 2006, 598

⁴ Vgl. Mommsen 2016, 639

⁵ Vgl. Winkler 2006, 594

⁶ Staadt 2011, Internetseite.

⁷ Vgl. Fuhrer 2017, Internetseite

⁸ Vgl. Winkler 2006, 594-595

demokratiefeindlichen Kommunisten/Sozialisten in der Weimarer Republik.⁹ Diese politische Zerrissenheit hat laut Winkler zu den ständigen Regierungskrisen in der Weimarer Republik beigetragen: Die eigene Parteiidentität stand immer an der ersten Stelle.¹⁰

Der Historiker Hans Mommsen behauptet sogar in seinem Buch *Aufstieg und Untergang der Republik von Weimar*, dass die Weimarer Verfassung nicht ganz unrechtmäßig als ein ‚Produkt obiges Denken Bezeichnet‘ beschrieben worden ist. Mommsen ist der Meinung, dass die verschiedenen Weimarer Parteien wenig Einfluss auf die Entstehung der Verfassung hatten. Seiner Ansicht nach waren vor allem hohe Beamte für die Weimarer Verfassung verantwortlich. Deswegen drückte die Verfassung laut Mommsen Kontinuität aus und war sie keine getreue Widerspiegelung der tatsächlichen Meinungen und Überzeugungen der Weimarer Parteien selbst.¹¹

In der vorliegenden Arbeit wird untersucht, ob die politischen Gegensätze zwischen den politischen Parteien der Weimarer Republik in Wirklichkeit so unüberbrückbar waren. Die Studie wird durchgeführt anhand originaler Parteiprogramme aus der Zeit der Weimarer Republik. Es wird also eine qualitative Quellenforschung, die sich mit Primärquellen beschäftigt, durchgeführt.

Die Basis für die durchzuführende Quellenforschung dieser Arbeit bildet Stefan Jordans *Einführung in das Geschichtsstudium*. Die folgenden Schritte werden durchlaufen: die Frage nach Relevanz, Heuristik, Quellenkritik und schließlich Interpretation.¹²

Nach Jordan sei die Frage nach der Relevanz nicht für Studien zu zeitgeschichtlichen Themen notwendig, weil die Auswirkungen dieser Periode heutzutage noch deutlich erkennbar seien.¹³ Zur Relevanz des Themas kann aber gesagt werden, dass die Weimarer Periode eine wichtige Stellung für die Zeitgeschichte einnimmt: Die Periode stellt eine Überbrückung zwischen dem Ersten Weltkrieg und der Machtergreifung der NSDAP beziehungsweise dem Zweiten Weltkrieg dar. Deswegen könnte mehr Forschung über diese Periode lohnenswert sein.

Mit Heuristik meint Jordan die Suche nach relevanter Literatur/relevanten Quellen.¹⁴ Weil die vorliegende Studie sich auf Parteiprogrammen basiert, bilden Primärquellen den Hauptteil der

⁹ Vgl. Winkler 2005, 595-597.

¹⁰ Vgl. Winkler 2005, 597-599

¹¹ Vgl. 82-83

¹² Vgl. Jordan 2005, 111-122.

¹³ Vgl. Jordan 2005, 109

¹⁴ Vgl. Jordan 2005, 109-111

zu lesenden Literatur. Es müssen also Sammelbände von alten Parteiprogrammen oder Neudrucke/Originaldrucke von einzelnen Parteiprogrammen besorgt werden. Deswegen ist die Literatursuche dieser Studie ziemlich beschränkt. Für die Einleitung sind Bücher über die Weimarer Periode notwendig.

Der von der Universität vorgeschriebene Umfang dieser Studie erlaubt allerdings, dass nur ein Teil der Parteiprogramme analysiert werden kann. Deswegen wird das folgende Kriterium aufgestellt: die zu untersuchenden Parteien sollten mindestens einmal 5% der abgegebenen Stimmen während einer Reichswahl erhalten haben. Das entspricht den Vorschriften des modernen Bundeswahlgesetzes.¹⁵ Mit diesem Kriterium entsteht eine Auswahl von Parteien, die auch im modernen System relevant gewesen wären, und wird die Studie beschränkt, indem sie dem von der Universität vorgeschriebenen Umfang entspricht. In der Tabelle auf der nächsten Seite wird eine komplette Übersicht aller Reichswahlen gezeigt.¹⁶ Auf die Weise entsteht die folgende Auswahl von Parteien:

- KPD (Stimmenanteil von mehr als 5% bei sieben Wahlen)
- USPD (Stimmenanteil von mehr als 5% bei zwei Wahlen)
- SPD (Stimmenanteil von mehr als 5% bei neun Wahlen)
- DDP (Stimmenanteil von mehr als 5% bei vier Wahlen)
- DZP (Stimmenanteil von mehr als 5% bei neun Wahlen)
- DVP (Stimmenanteil von mehr als 5% bei vier Wahlen)
- DNVP (Stimmenanteil von mehr als 5% bei neun Wahlen)
- NSDAP (Stimmenanteil von mehr als 5% bei fünf Wahlen)

Die NSDAP wird aber kein Teil dieser Studie sein: Es gibt schon eine riesige Menge an Forschung über die NSDAP. Deswegen wird erwartet, dass eine Einbeziehung der NSDAP nur wenige neue Erkenntnisse oder überhaupt keine neuen Erkenntnisse erheben würde. Deshalb wird den Fokus auf andere Parteien gelegt und wird die NSDAP überhaupt nicht miteinbezogen. Die Studie wird sich also endgültig nur mit diesen sieben Parteien beschäftigen, nämlich mit der KPD, USPD, SPD, DDP, DZP, DVP und DNVP.

¹⁵ Vgl. Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz 2017, Internetseite.

¹⁶ Vgl. Mommsen 1964, 828-830.

Wahlergebnisse der Reichstagswahlen (1919-1933)¹⁷
5% = Stimmenanteil von mehr als 5%
4,9% = Stimmenanteil unter 5%

<i>Parteien</i>	<i>Nationalversammlung</i> 19.1.1919	<i>Reichstag</i> 6.6.1920	<i>Reichstag</i> 4.5.1924	<i>Reichstag</i> 7.12.1924	<i>Reichstag</i> 20.5.1928	<i>Reichstag</i> 14.9.1930	<i>Reichstag</i> 31.7.1932	<i>Reichstag</i> 6.11.1932	<i>Reichstag</i> 5.3.1932
<u><i>Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)</i></u>	37,9%	21,6%	20,5%	26,0%	29,8%	24,5%	21,6%	20,4%	18,3%
<u><i>Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD)</i></u>	7,6%	18,0%	0,8%	0,3%	0,1%	-	-	-	-
<u><i>Deutschnationale Volkspartei (DNVP)</i></u>	10,3%	15,1%	19,5%	20,5%	14,2%	7,0%	5,9%	8,8%	8,0%
<u><i>Deutsche Zentrumspartei (DZP)</i></u>	19,7%	13,6%	13,4%	13,6%	12,1%	11,8%	12,5%	11,7%	11,2%
<i>Bayrische Volkspartei (BVP)</i>	-	4,2%	3,2%	3,7%	3,1%	3,0%	3,2%	3,1%	2,7%
<u><i>Deutsche Volkspartei (DVP)</i></u>	4,4%	14,0%	9,2%	10,1%	8,7%	4,5%	1,2%	1,8%	1,1%
<u><i>Deutsche Demokratische Partei (DDP)</i></u>	18,6%	8,4%	5,7%	6,3%	4,9%	3,8%	1,0%	0,9%	0,9%
<u><i>Nationalsozialistische Arbeiterpartei (NSDAP)</i></u>	-	-	6,6%	3,0%	2,6%	18,3%	37,4%	33,1%	43,9%
<i>Wirtschaftspartei (WP)</i>	0,7%	0,8%	2,4%	3,3%	4,5%	3,9%	0,4%	0,3%	-
<u><i>Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)</i></u>	-	2,0%	12,6%	9,0%	10,6%	13,1%	14,6%	16,8%	12,3%
<i>Deutsch-Hannoversche Partei (DHP)</i>	0,3%	1,2%	1,1%	0,9%	0,6%	0,5%	0,1%	0,2%	0,1%
<i>Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei (CNBL)</i>	-	-	1,9%	1,7%	2,6%	3,8%	0,5%	0,4%	0,2%
<i>Christlich-Soziale Volksdienst (CSVD)</i>	-	-	-	-	-	2,5%	0,9%	1,2%	1,0%
<i>Konservative Partei (KP)</i>	-	-	-	-	-	0,8%	-	-	-
<i>Deutsche Bauernpartei (DBP)</i>	-	-	-	-	1,6%	1,0%	0,4%	0,4%	0,3%
<i>Sonstige Parteien</i>	0,5%	1,1%	3,1%	1,6%	4,6%	1,5%	0,3%	0,9%	-

¹⁷ Vgl. Mommsen 1964, 828-830.

Der nächste Schritt besteht darin, die Qualität der Quellen zu beurteilen (Quellenkritik). Erstens sollten laut Jordan die Quellen auf Echtheit überprüft werden. Es wird empfohlen, die äußeren Merkmale der Quellen wie Schrift, Siegel usw. und die chemische Zusammenstellung des Papiers zu überprüfen.¹⁸ Weil es sich in dieser Forschung größtenteils um Neudrucke und Sammelbände handelt und nicht um die Originaldrucke handelt, sind solche Überprüfungen im Großen und Ganzen nicht möglich. Es wird aber davon ausgegangen, dass die Sammelbände die Primärquellen korrekt kopiert haben. Bei der Prüfung der Chronologie sind auch keine auffälligen Textabschnitte oder Anachronismen entdeckt worden.¹⁹ Bei der Prüfung nach Richtigkeiten und der Interpretation müssen aber einige Randbemerkungen gemacht werden: Die Quellen sind tatsächlich parteilich gefärbt. Es sind nämlich politische Dokumente, die die politischen Programme der Parteien auseinandersetzen. Es handelt sich also um subjektive Ego-Dokumente.²⁰ Deswegen müssen die Quellen kritisch gelesen werden und nicht für wahrhaft angesehen werden. In dieser Studie werden aber tatsächlich die politischen Programme untersucht und es wird keine historische Rekonstruktion gemacht. Der subjektive Charakter der Dokumente spielt deshalb keine Rolle.

Die vorliegende Studie befasst sich wie beschrieben mit den Parteiprogrammen von sieben unterschiedlichen Weimarer Parteien. Deswegen liegt die folgende Frage der Studie zugrunde: Wenn man die Parteiprogramme verschiedener Weimarer Parteien vergleicht, lassen sich dann eher politischen Gegensätze oder Übereinstimmungen feststellen?

Aufgrund dieser Forschungsfrage geht die Studie von folgender Hypothese aus: In den Parteiprogrammen lassen sich mehr politische Gegensätze als politische Übereinstimmungen konstatieren.

Die Arbeit geht in 3 Schritten vor. Kapitel 2 beschäftigt sich mit den einzelnen Parteiprogrammen. Erstens werden die Inhalte der einzelnen Parteiprogramme separat wiedergegeben. Dann werden Themen diskutiert, die in mehreren Parteiprogrammen, aufgenommen sind und werden die unterschiedlichen Positionen miteinander verglichen. Schließlich wird am Ende des 2. Kapitels eine Kategorisierung der Positionen gemacht, damit sie in Kapitel 3 verglichen werden können. Kategorien werden bestehen aus Parteien, die zu einem bestimmten Thema vergleichbare oder ähnliche Ansichten haben. In Kapitel 3 wird dann anhand eines Fallbeispiels die Kategorisierung interpretiert. Die Reichswahl von 1920 dient als

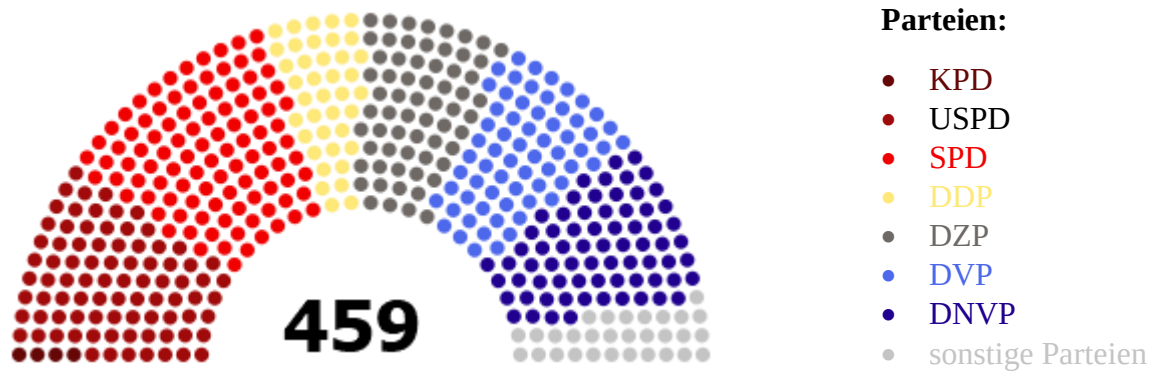
¹⁸ Vgl. Jordan 2005, 111-112

¹⁹ Vgl. Jordan 2005, 112-113

²⁰ Vgl. Jordan 2005, 115-121

Fallbeispiel, weil nur bei der Wahl in diesem Jahr alle untersuchten Parteien gewählt wurden und Teil der Mandatsverteilung waren. Die Ergebnisse sahen wie folgt aus:

Ergebnisse der Reichstagwahl von 1920 ²¹



Partei	KPD	USPD	SPD	DDP	DZP	DVP	DNVP	sonstige Parteien
Mandate (1920)	4	84	102	39	64	65	71	30

Zunächst werden die Endergebnisse der Studie präsentiert. Anschließend wird in Kapitel 4 einen Ausblick auf weitere zukünftige Forschung über dasselbe Thema geboten. Schließlich werden die benutzen Quellen aufgelistet.

²¹ Vgl. Mommsen 1964, 828.

2.0 – Die Parteiprogramme

2.1 Inhalt der Parteiprogramme

2.1.1 Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)

Unter dem ersten Punkt des Parteiprogrammes, Thema A, wird beschrieben wie die Partei auf dem Erfolg der Novemberrevolution aufbauen will und wie diese Revolution sicherzustellen sei.²²

Erstens wird eine totale Entwaffnung von der Gesellschaft und dem Staat gefordert. Polizisten, Offiziere und sogenannte ‚nicht-proletarische‘ Soldaten sollten alle ihre Waffen aufgeben.²³ Dieses Ziel wird dann wortwörtlich zusammengefasst als „Entwaffnung aller Angehörigen der herrschenden Klasse“²³. Alle Waffen- und Munitionsfabriken sowie alle Bestände von Waffen und Munition sollten enteignet werden. Die neuen Eigentümer sollten entweder Arbeiter-Räte oder Soldaten-Räte sein.²³

Drittens solle nach dieser Entwaffnung eine Arbeitermiliz gegründet werden, bestehend aus allen erwachsenen Männern mit einem ‚proletarischen‘ Hintergrund. Außerdem soll eine spezielle rote Garde gebildet werden.²³ Nach dem Parteiprogramm sei es hier Ziel, „gegenrevolutionäre Anschläge und Zettelungen“²⁴ zu verhindern.²³

Danach wird mit allen Offizieren des deutschen Heeres abgerechnet. Was die KPD „Kommandogewalt der Offiziere“²⁴ nennt, solle abgeschafft werden. Unter anderem die Disziplinierung von Soldaten solle abgeschafft werden und ‚freiwillige Disziplin‘ solle diesen ‚militärischen Gehorsam‘ ersetzen. Weiterhin will die KPD, dass Soldaten ihre eigene Vorgesetzte wählen können.²³

Weiterhin richtet die KPD sich auf die alten Machthaber des Deutschen Kaiserreiches. Offiziere und Kapitulanten (Soldaten, die sich freiwillig gemeldet haben) sollten aus allen Soldatenräten ausgeschlossen werden. Dann solle ein Revolutionstribunal gegründet werden. Ziel ist es hier²⁵:

die Hauptschuldige am Kriege und seiner Verlängerung, die bei den Hohenzollern, Ludendorff, Hindenburg, Tirpitz und ihre Mitverbrecher sowie alle Mitverschwörer der Gegenrevolution abzuurteilen [...] ²⁶

²² Vgl. Hortschansky, Günther et al. 1972, 230. Angaben zu diesem Text werden im Folgenden mit der Chiffre *KPD* unter Angabe der Seitenzahl im fortlaufenden Text zitiert.

²³ Vgl. KPD, 320.

²⁴ KPD, 230.

²⁵ Vgl. KPD, 320.

²⁶ KPD, 320.

Als letzte ‚Maßnahme zur Sicherung der Revolution‘ will die KPD, dass alle Lebensmittel in Beschlag genommen werden. Auf diese Weise sei die Ernährung der Bevölkerung zu sichern.²²

Unter dem Thema B des Programms wird das Bild der politischen und sozialen Gestaltung des neuen sozialistischen Deutschen Staates beschrieben. An erster Stelle sollten die verschiedenen Einzelstaaten des Deutschen Kaiserreiches abgeschafft werden und alle Politiker der aktiven Parlamente und Gemeinderäte sollten des Amtes enthoben werden.²²

Arbeiter- und Soldatenräte würden dann ihre Funktion übernehmen. Die ganze erwachsene ‚Arbeiterschaft beider Geschlechter‘ sei zuständig für die Wahl der Delegierten von diesen Arbeiterräten. Dasselbe sollte für die Soldaten und die Soldatenräte gelten. Offiziere und Kapitulanten werden aber wieder ausgeschlossen.²⁵

Nach diesen Wahlen sollten alle Räte sich zusammensetzen und Kandidaten aufstellen für einen Zentralrat. Dieser neue Zentralrat würde dann das oberste Organ für sowohl die gesetzgebende, als auch die vollziehende Gewalt des neuen Staates bilden. Alle drei Monate komme dieser Zentralrat zusammen und bei jeder Tagung des Zentralrats müssten die Arbeiter- und Soldatenräte neue Delegierten nominieren. Die Räte haben auch das Recht auf eine Rückberufung oder Ersetzung ihrer Delegierten im Zentralrat. Diese zwei Bestimmungen sollten zu einer „lebendigen Fühlung zwischen der Masse der A.- und S.-Räte“ führen.²⁷

Auf dem Gebiet der Sozialpolitik fordert die KPD eine vollständige Gleichstellung der Bevölkerung: Standesunterschiede, Orden und Titel sollten abgeschafft werden und beide Geschlechter sollten sozial und rechtlich gesehen gleichgesetzt werden.²⁸

Neue soziale Gesetzgebung solle auch in Kraft treten: Die Hauptförderung ist ein Arbeitstag von sechs Stunden. So sei der Arbeitslosigkeit zu steuern und werde die ‚körperliche Entkräftung durch den Weltkrieg‘ berücksichtigt.²⁸

Die letzte Forderung unter Thema B lautet: „Sofortige Umgestaltung des Ernährungs-, Wohnungs- und Erziehungswesens im Sinne und Geiste der proletarischen Revolution“. Eine genaue Gestaltung dieses Sinnes und Geistes wird aber nicht gegeben.²⁹

Unter Thema C werden die wirtschaftlichen Forderungen der KPD beschrieben. Erstens plädiert die KPD für eine Konfiskation von dynastischen Vermögen und Einkünften. Alle

²⁷ Vgl. KPD, 320-321.

²⁸ Vgl. KPD 321.

²⁹ KPD, 322.

Staatsschulden, öffentliche Schulden, Kriegsanleihen und alle Zeichnungen bis zu einer durch den Zentralrat festgestellten Höhe sollten erlassen werden.³⁰

Weiterhin sollte der Staat den Grundbesitz aller mittleren und großen Landwirtschaftsbetriebe enteignen. Sozialistische Genossenschaften werden dann gebildet, die von nun ab das Land bebauen werden. Alle Banken, Bergwerke, Großindustrieunternehmen, Handelsorganisationen teilen dasselbe Schicksal und sollten auch von der Räterepublik enteignet werden. Alle Vermögen von einer bestimmten Höhe, die wieder durch den Zentralrat festgestellt wird, werden auch konfisziert. Das gesamte öffentliche Verkehrswesen sollte auch vom Staat übernommen werden.³¹

Eine wirtschaftliche Umgestaltung steht ebenfalls in Planung: In allen Betrieben sollten Betriebsräte gewählt werden. Diese neu gebildeten Betriebsräte übernehmen dann die Betriebsleitung aller Betriebe. Sie sind zuständig für die inneren Angelegenheiten der Betriebe, die Arbeitsverhältnisse und die Produktion. Zusätzlich wird auch eine zentrale Streikkommission gebildet.³²

Thema D, das letzte Thema des Programms, beschreibt sehr kurz die internationalen Ziele der KPD. Verbindungen mit sozialistischen Parteien im Ausland sollten hergestellt und gepflegt werden. Der KPD nach sei dadurch „die sozialistische Revolution auf internationale Basis zu stellen und den Frieden durch die internationale Verbrüderung und revolutionäre Erhebung des Weltproletariats zu gestalten und zu sichern“.³²

2.1.2 Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD)

Das Parteiprogramm der USPD beschreibt nur welche Maßnahmen getroffen werden sollten, um „den Kapitalismus zu überwinden“³³ und die sozialistische Gesellschaft zu verwirklichen. Erstens wird die „Auflösung jedes konterrevolutionären Söldnerheeres“³² gefordert. Hierunter fallen alle militärischen Organisationen, die Polizei und alle Milizen. Insbesondere wird eine Entwaffnung des Bürgertums und aller Grundbesitzer gefordert. Weiterhin will die USPD eine revolutionäre Wehrorganisation bilden.³⁴

³⁰ Vgl. KPD, 321-322.

³¹ Vgl. KPD, 321-322.

³² Vgl. KPD, 322.

³³ Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands 1964, 445. Angaben zu diesem Text werden im Folgenden mit der Chiffre *USPD* unter Angabe der Seitenzahl im fortlaufenden Text zitiert.

³⁴ Vgl. USPD 1964, 445-446.

Zweitens sollten der USPD nach alle Banken, Versicherungsgesellschaften, Bergbauunternehmen, Energieversorgungsunternehmen, Eisen- und Stahlhersteller, Transportunternehmen und sonstige ‚hochentwickelte Industrien‘ kollektiviert werden. Dasselbe gilt auch für alle landwirtschaftlichen Unternehmen.³⁵

In Städten und Gemeinden mit einem hohen Grad der Industrialisierung will die USPD Grundbesitz enteignen. In Zukunft sollten die Gemeinden für den Wohnungsbau zuständig sein. Die Ernährung der Bevölkerung und das Bildungssystem sollten auch Aufgaben des Staates werden. Die USPD betont, dass das Bildungssystem einen sozialistisch-pädagogischen Charakter haben sollte und dass eine völlige Trennung von Kirche und Staat vollzogen werden sollte.³⁶

Weiterhin werden die folgenden Maßnahmen erwähnt: Die Einführung von progressiven Steuern, die Abschaffung aller Gesetze, die Frauen privatrechtlich oder öffentlich benachteiligen, eine Arbeitspflicht für alle Arbeitsfähigen und den Ausbau von Arbeitsschutzmaßnahmen.³⁵

Darauffolgend wird auseinandergesetzt wie der Staat aussehen sollte. Erstens fordert die USPD, dass sofort Bündnisse mit anderen sozialistischen Republiken geschlossen werden. Eine ‚Diktatur des Proletariats‘ werde auch eingeführt bis alle verschiedenen Klassen verschwunden sind. Dann entstehe eine sozialistische Demokratie. Bis zu diesem Zeitpunkt wird die Gesellschaft nach einem Räte-System organisiert. Außerdem betont die USPD, dass nur die proletarische Revolution den Kapitalismus überwinde könne, den Sozialismus verwirklichen könne und die Arbeiterklasse befreien könne.³⁵

Letztendlich proklamiert die USPD seine Loyalität zur Internationale. Das ganze weltweite Proletariat sollte vereinigt werden. Der USPD nach ist die erste Voraussetzung hierfür, dass alle Reformen innerhalb des Kapitalismus abgelehnt werden. Laut Aussage der USPD stimmen die Ideen der dritten (Moskauer) Internationale am besten überein mit den Ideen der USPD. Dementsprechend will die USPD ein Zusammenschluss mit ausländischen Parteien, die auch diese Ideen unterstützen. Nur auf diese Weise sei die dritte Internationale zu realisieren.³⁵

³⁵ Vgl. USPD 1964, 446-447.

³⁶ Vgl. USPD 1964, 447.

2.1.3 Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)

Das erste Thema vom Parteiprogramm der SPD lautet „Der Schutz der Republik“³⁷. Nach Aussage der SPD sei die demokratische Republik als Staatsform die ‚sicherste Grundlage‘ für die Verwirklichung des Sozialismus und Schutz der Interessen der Arbeiterklasse. Vor allem die Wiederherstellung der Monarchie wird hier als Hauptdrohung gesehen. Deshalb sollte nach der SPD die Reichswehr ausgebaut werden, damit sie die Republik verteidigen könne. Weiterhin sollte die Reichseinheit sichergestellt werden und sollte das Reich zum Einheitsstaat mit einer ‚organischen Gliederung‘ ausgebaut werden. Auf Länderebene fordert die SPD, dass Polizisten und Beamte, die die Monarchie unterstützen, entlassen werden. Die SPD hält nämlich die Wiederherstellung der Monarchie für eine Bedrohung. Eine Demokratisierung der Verwaltung (vor allem in Gemeinden und Gemeindeverbänden) sollte auch durchgeführt werden.³⁸

Eine Umgestaltung des Rechtssystems wird als zweiter Punkt erwähnt. Es sollte eine Umgestaltung nach sozialistischen Grundsätzen geben. Mitglieder der Richterkollegien sollten in Zukunft aus allen verschiedenen Volksschichten stammen. Gewählte Laienrichter, Abschaffung der Todesstrafe und letztendlich eine öffentliche und privatrechtliche Gleichschaltung der Frau werden als weitere Ziele genannt.³⁹

Drittens fordert die SPD verschiedene Finanz- und Wirtschaftsreformen. Die Verhinderung von Kapitalflucht und Steuerhinterziehung, erhöhte Steuern für Spekulationsgewinne, Erhöhung der Ausfuhrzölle und eine verbesserte Kontrolle über Auslanddevisen werden gefordert. Die SPD will außerdem, dass die Versorgung der deutschen Bevölkerung mit Lebensmitteln sichergestellt wird. Bekämpfung der Wohnungsnot und Monopole in der Wirtschaft (vor allem bei Bergbauunternehmen) wird als letztes Ziel genannt.³⁹

Zum Thema Sozialpolitik sagt die SPD folgendes: Die Arbeiter sollten durch ausführliche soziale Gesetzgebung geschützt werden. Die Erhaltung des Achtstundentages, Einschränkung von Nachtarbeit für Männer und ein Verbot für Frauen und Jugendliche, ein Verbot der Kinderarbeit, Erhaltung des Streikrechtes, ein Ausbau der Rechte von Beamten und soziale Hilfe für Arbeitslose und Arbeitsunfähige stehen auf der Agenda. Darüber hinaus will die SPD

³⁷ Sozialdemokratische Partei Deutschlands 1964, 458-459. Angaben zu diesem Text werden im Folgenden mit der Chiffre *SPD* unter Angabe der Seitenzahl im fortlaufenden Text zitiert.

³⁸ Vgl. *SPD*, 448-459

³⁹ Vgl. *SPD*, 459.

das Bildungssystem und Gesundheitswesen ‚vergesellschaftlichen‘. Sozialistisch-pädagogische Grundsätze werden hier als neues Fundament genannt.⁴⁰

Dann setzt die SPD seine internationale Politik auseinander und fängt mit einer Aussage zum ersten Weltkrieg an:

Kapitalismus und Klassenherrschaft der Besitzenden haben den Weltkrieg entfesselt und nach seiner Beendigung sich vollkommen unfähig erwiesen, einen wirklichen Frieden herbeizuführen. Ein solcher Frieden kann nur aus dem Geist des internationalen Sozialismus geschaffen werden⁴¹

Die SPD schreibt hier der alten Elite die Schuld für den Weltkrieg zu und fordert einen Frieden auf sozialistischen Grundsätzen. Eine neue Außenpolitik mit Fokus auf Verständigung und Wiederaufbau wird gefordert. Der Wiederaufbau von zerstörten Gebieten in Nordfrankreich und in Belgien und die Wiederherstellung von guten Beziehungen seien eine moralische Pflicht für Deutschland nach der Meinung der SPD. Ein Friede auf ‚imperialistischen‘ Grundlagen habe aber dafür gesorgt, dass eine Weltkrise entstanden sei in sowohl den Siegerstaaten, als auch in den besiegten Ländern. Deshalb will die SPD die Friedensverträge ändern. Eine internationale Rechtsorganisation solle die Interessen des ‚Weltproletariats‘ sichern. Die Besiedlung von unkultivierten Grundstücken und eine Kollektivierung sollten zur „höchsten Leistungsfähigkeit“ in der Landwirtschaft führen.⁴²

2.1.4 Deutsche Demokratische Partei (DDP)

Zuerst betont die DDP, dass es die Weimarer Verfassung anerkennt. Die DDP sei „zu ihrem Schutz und zu ihrer Durchführung“⁴³ berufen. Die DDP will, dass das Volk staatsbürgerlich erzogen wird. Weiterhin sollte Deutschland ihrer Ansicht nach eine Republik und ein Rechtsstaat sein. Der Einheit des deutschen Reiches wird auch betont. Die Einheitsstaat solle aber die „Eigenart der deutschen Stämme“ berücksichtigen.⁴⁴

Die DDP erstrebe eine professionelle Verwaltung. Berufsbeamte sollten die Verwaltung des deutschen Reichs organisieren. Laien sollten aber auch eine Rolle spielen können. Die Länder und Gemeinden sollten weiterhin über einen hohen Grad an Selbstverwaltung verfügen.⁴⁴

⁴⁰ Vgl. SPD, 460.

⁴¹ SPD, 406.

⁴² Vgl. SPD 460-461.

⁴³ Deutsche Demokratische Partei 1964, 509. Angaben zu diesem Text werden im Folgenden mit der Chiffre *DDP* unter Angabe der Seitenzahl im fortlaufenden Text zitiert.

⁴⁴ Vgl. DDP, 509.

Zum Thema Frauenfrage sagt die DDP, dass alle Bürger die gleichen Rechten haben sollten. Alle Benachteiligungen von Frauen sollten aufgehoben werden.⁴⁵

Nach der DDP bestehe das heutige Heer aus Milizen. Die DDP findet eine allgemeine Wehrpflicht geeigneter für die Verteidigung der deutschen Unabhängigkeit.⁴⁶

Die DDP sagt nachdrücklich, dass das Hauptziel ihrer Außenpolitik die Revision der Friedensverträge von Versailles und von St. Germain sei. Macht und Unterdrückung seien derzeit die Basis für die Beziehungen zwischen verschiedenen Völkern nach der DDP. Die DDP werde dieses ‚Diktat der Gewalt‘ nicht als ‚bleibende Rechtsform‘ akzeptieren.⁴⁶

Das Thema der Auslandsdeutschen wird auch besprochen: Ein weiteres Hauptziel der Außenpolitik solle der Schutz von Auslandsdeutschen sein. Deutsche unter Fremder Herrschaft sollten ihre Kultur behalten können. Die DDP betont aber auch, dass es die Minderheiten in Deutschland selbst schützen werde. Die DDP sagt aber, dass es das Selbstbestimmungsrecht bestrebe. Deshalb erkennt es die ‚Absplitterung deutscher Volksteile vom Vaterland‘ nicht an und strebt die Partei eine Vereinigung aller Deutschen an.⁴⁶

Letztens fordert die DDP die Gründung eines Völkerbundes. Alle freien Staaten sollten Mitglied werden. Dieser Völkerbund solle bei der Realisierung von Zusammenarbeiten zwischen verschiedenen Ländern helfen. Der Bund solle außerdem eine Arbeitsgemeinschaft bilden. Die DDP lehnt ein Militärbündnis trotzdem explizit ab. Solch ein Bündnis führe zu Völkerhass und Völkerverhetzung.⁴⁶

Die DDP fordert Kolonialgebiet für Deutschland. Deutschland habe Recht auf Kolonien seinem ‚Anteil an der geistigen Hebung der Menschheit‘ gemäß. Der ‚Raub‘ der ehemaligen deutschen Kolonien nach dem Weltkrieg sei deswegen unakzeptabel.⁴⁶

Die DDP nennt die körperliche und sittliche Entwicklung des deutschen Volkes als wichtige Voraussetzungen für den Aufbau eines neuen Deutschlands. Es solle nach der ‚Förderung seiner seelischen Kräfte‘ streben. Nach der DDP seien die Schulen ein ‚Eckpfeiler des Kulturstaates‘. Deswegen fordert die DDP Schulen, die ihren Schüler Charakterbildung, körperliche und sittliche Entwicklung, Kenntnisse über den Staat und das Leben bieten können. Lehr- und

⁴⁵ Vgl. DDP, 509-510.

⁴⁶ Vgl. DDP, 510.

Lernfreiheit sollten zudem Grundrechte der Schüler sein und die Schüler sollten bis zu ihrem 14. Lebensjahr schulpflichtig sein und lernpflichtig bis zu ihrem 18. Lebensjahr.⁴⁷

Laut der DDP seien „soziale, politische und religiöse Zerklüftung“⁴⁸ eine Gefahr für die Einheit Deutschlands. Dementsprechend fordert die DDP die Gründung einer Einheitsschule. Privatschulen werden von der DDP abgelehnt. Die einzige Ausnahme seien Schulen, die zur Ergänzung der Einheitsschule dienen. Die neuen Einheitsschulen sollten den Schülern vor allem die Geschichte Deutschlands und Kenntnisse über Religion vermitteln. Jede verschiedene Konfession innerhalb Deutschlands habe zusätzlich das Recht auf Religionsunterricht. Die Religionsfreiheit von den Eltern, Schülern und Lehrern solle aber gewährt bleiben.⁴⁷

Die DDP will, dass Wissenschaft, Kunst, Literatur und die Presse ohne staatliche Einmischung funktionieren können. Die Partei betont aber, dass der Staat als Aufgabe habe, die Sittlichkeit des Volkes zu verteidigen. Deswegen müsse es eine angemessene Kulturpolitik verfolgen. Hierunter falle die Fürsorge, dass die freien Berufe wieder lohnenswert werden.⁴⁹

Die Konfessions- und Gewissensfreiheit hält die DDP auch für wichtig. Sie nennen sie sogar „Die Krönung des Kulturstaates“⁴⁸. Die Trennung von Kirche und Staat solle in größerem Ausmaß durchgeführt werden. Trotzdem hält die DDP eine totale Trennung für unmöglich: Es gebe zu viele „geschichtliche, ideelle und praktische Beziehungen zwischen Staat und Kirche“⁴⁸, die bestehen blieben. Die DDP will auch die Beziehungen zwischen den verschiedenen Konfessionen fördern. Dieser Dialog zwischen den Konfessionen sei eine demokratische Pflicht.⁵⁰

Die DDP betont erstens, dass sie eine Partei der Arbeit sei und dass die Partei soziale Gerechtigkeit für wichtig erachte. Sie hält eine Verstaatlichung der Wirtschaft aber für eine „tödliche Bürokratisierung der Wirtschaft“⁵¹ und erwartet eine Abnahme der Produktion. Deshalb unterstützt die DDP die Privatwirtschaft und persönliche wirtschaftliche Freiheit.⁵²

Im Falle von Missbrauch sollte der Staat aber eingreifen. Die DDP will keine Monopole oder Oligopole dulden. Vor allem die Landwirtschaft sei gefährdet: Der Staat solle Bodenspekulation verhindern, es solle Großgrundbesitz aufteilen, sodass neue Familienbetriebe

⁴⁷ Vgl. DDP, 510-511.

⁴⁸ DDP, 511.

⁴⁹ Vgl. DDP, 511.

⁵⁰ Vgl. DDP, 511-512.

⁵¹ DDP, 512.

⁵² Vgl. DDP 511-512.

entstehen können und die Möglichkeit zur Ansiedlung neuer Bauernfamilien geboten wird. Diese Ansiedlung würde die Volksgesundheit verbessern und die Ernährung der Bevölkerung sicherstellen. In der Industrie und bei den Handelsorganisationen, Banken und Versicherungsgesellschaften ist die Situation vergleichbar. Auch hier sollte der Staat Maßnahmen treffen. Gegen Entschädigung könnte der Staat sogar bestimmte Unternehmen enteignen, wenn das nötig wäre.⁵³

Es ist auch Ziel der DDP, sozialem Unrecht in der Gesellschaft entgegenzuwirken. Einkommensunterschiede sollten ausgeglichen werden. Die DPP will dennoch nicht, dass der Staat Gehälter festlegen kann. Er solle nur die Voraussetzungen für einen Ausgleich schaffen. Die Steuergesetze insbesondere werden hier hervorgehoben. Steuer auf Einkommen, Besitz und Erbe sollten für diesen Ausgleich sorgen.⁵⁴

Das „Maschinentum des Menschen“⁵⁵ in der Arbeit sei auch ein Problem der Meinung der DDP nach. Arbeitsteilung Sorge dafür, dass die ‚Seele‘ der Arbeit verschwindet und Arbeiter ihr Verhältnis zum Endprodukt verlieren. Die DDP glaubt aber, dass diese Entwicklung nicht rückgängig gemacht werden könne. Die Produktion würde zu stark senken. Es solle aber eine Demokratisierung der Wirtschaft geben, um die Arbeitsfreude zu vergrößern. Auf diese Weise werde ein Arbeiter zum ‚Betriebsbürger‘ und werde die Würdigkeit des Menschen auch in der Wirtschaft akzeptiert.⁵⁶

2.1.5 Deutsche Zentrum Partei (DZP)

Das Programm der deutschen Zentrumpartei hat insgesamt drei Hauptthemen. Erstens werden das Thema einer neuen Reichsverfassung und die Haltung der DZP besprochen. Die neue Verfassung gelte sowohl für das Reich, als auch für die Bundesstaaten des Reiches, die nach Ansicht der DZP behalten werden sollten.⁵⁷

Erstens wird betont, dass die neue Verfassung auf demokratischer Basis geschaffen werden müsse. Die Reichseinheit und die regional geprägte Einteilung des Kaiserreiches mit seinen Bundesstaaten solle nach der DZP behalten bleiben. Diese föderative Basis Sorge laut Aussage der DZP für „den Schutz der Eigenart der deutschen Stämme.“⁵⁸ Das Reich trage aber die

⁵³ Vgl. DDP, 512-513.

⁵⁴ Vgl. DDP, 513.

⁵⁵ DDP, 513.

⁵⁶ Vgl. DDP, 513-514.

⁵⁷ Deutsche Zentrumpartei 1964, 482. Angaben zu diesem Text werden im Folgenden mit der Chiffre *DZP* unter Angabe der Seitenzahl im fortlaufenden Text zitiert.

⁵⁸ DZP, 482.

Verantwortung für militärische und außenpolitische Angelegenheiten, die Bundesstaaten für religiöse Fragen und das Bildungssystem.⁵⁹

Die DZP gibt aber zu, dass die Nationalversammlung im Moment (30. Dezember 1918) nicht in der Lage ist in Berlin zu tagen. Die DZP ruft auf zum Organisieren von freiwilligen Truppen, die die Nationalversammlung schützen könnten und für die Durchführung ihrer Beschlüsse sorgen könnten.⁶⁰

Weiterhin plädiert die DZP sowohl für die Einführung vom gleichen Wahlrecht (mit Verhältniswahl) für beide Geschlechter, als auch für eine Wahlpflicht. Die Wahlpflicht und das allgemeine Wahlrecht sollten auf den Ebenen des Reiches, der Bundesstaaten und der Gemeinden eingeführt werden.⁶¹

Ein Ausbau des Schulsystems und Selbstverwaltungsrechte der Bevölkerung werden auch befürwortet. Ziel sei die „gleichberichtigte Teilnahme aller Volksschichten an den öffentlichen Ämtern in Staat und Gemeinde ohne Kastengeist und Klassenbevorzugung.“⁶²

Letztendlich will die DZP, dass verschiedene Grundrechte in die neue Verfassung aufgenommen werden. Diese Grundrechte würden für alle Staatsbürgern gelten. Ungeachtet ihrer politischen und/oder religiösen Hintergrund. Zwei Rechte werden beschrieben:⁶¹

1. Ausdrucksfreiheit in Wort und Schrift.
2. Unbeschränkte Versammlungsfreiheit (worunter Vereine und Genossenschaften).

Das zweite Hauptthema lautet die Außenpolitik. Erstens ruft die DZP zu einem Präliminarfrieden auf. Dieser Friede sei später in einen ‚Weltfrieden‘ umzusetzen. Nach der DZP müssen die Völker der verschiedenen Konfliktparteien (des ersten Weltkrieges) sich weiterhin miteinander versöhnen. Ein Völkerrecht auf christlichen Grundsätzen würde für die Beziehungen zwischen den Staaten die Basis bilden. Die DZP will dementsprechend, dass zu diesem Zweck ein Völkerbund gegründet wird. In diesem Bund seien die großen und kleinen Staaten gleichberechtigt und solle es eine Abrüstung aller Mitgliedstaaten geben. Eine Abschaffung von Geheimverträgen wird auch gefordert. Der Schutz von nationalen und religiösen Minderheiten solle auch international festgelegt werden.⁶³

⁵⁹ Vgl. DZP, 483.

⁶⁰ Vgl DZP, 482-483.

⁶¹ Vgl. DZP, 483.

⁶² DZP, 483.

⁶³ Vgl. Dzp, 483-484.

Freihandel erscheint ebenfalls auf der Tagesordnung: Freiheit der Meere, wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit und Gleichberechtigung im Weltverkehr sollten die Fundamente des internationalen Handels sein. Die DZP verlangt aber dennoch, dass Deutschland seine Kolonien behalten darf. Deutschland müsse die Bevölkerung von diesen Kolonien ‚erziehen‘ und christianisieren. Die Sklaverei habe hier aber keinen Platz und werde abgeschafft.⁶⁴

Das letzte und umfangreichste Thema ist die Innenpolitik. Vor allem wird hier eine sehr ausgedehnte Kulturpolitik, die christlich geprägt ist, vertreten. Das Christentum solle eine große Rolle in der Erziehung der Jugend spielen. Der Staat solle Gewissensfreiheit und freie Religionsübung erlauben. Die DZP will allerdings, dass es ein „verständnisvolles Zusammenarbeiten von Kirche und Staat“⁶⁵ gibt. Der Staat solle aber die Angehörigen der verschiedenen Religionsgemeinschaften auf allen Gebieten gleichbehandeln, bei der Verleihung von öffentlichen Ämtern ins besondere.⁶⁶

Die christlichen Werte sollten ebenfalls große Bewegungsfreiheit haben. Die DZP will, dass es Freiheit zu der christlichen Liebestätigkeit in der neuen Verfassung gibt. Zugleich sollte die Position der Ehe und der Familie gestärkt werden. Eine stärkere Ehe und Familie Sorge nach der DZP für die Entstehung von kinderreichen Familien und den Schutz von Kindern und Frauen vor Ausbeutung. Die DZP prangert daneben „die sittliche Verwilderung im Volke“⁶⁵ an. Insbesondere seien „entartete Kunst“⁶⁵ und „verkommene Literatur“⁶⁵ schuldig an dieser Verwilderung. Die konfessionellen Volksschulen und das Recht der Eltern und Religionsgemeinschaften auf die Erziehung von Kindern will die DZP dementsprechend behalten. Die DZP will aber, dass Kinder aus den verschiedenen „Volksschichten“ im Schulsystem gleichbehandelt werden. Den alten „Kastengeist“⁶⁵ ist ihrer Ansicht nach veraltet.⁶⁷

Das Thema Wirtschaft wird auch besprochen. Die DZP will eine Volkswirtschaft kreieren, die im Zeichen von sozialer Gerechtigkeit und dem Gemeinwohl steht. Privatbesitz bleibe behalten, die Privatwirtschaft solle aber den Bedürfnissen des Gemeinwohls untergeordnet sein. Deshalb will die DZP eine zentralgeplante Landwirtschaftspolitik. Die DZP will auf diese Weise die Ernährung der Bevölkerung sicherstellen. Die Partei will eine ‚innere Kolonisation‘ zustande bringen: Ein Wohnungs- und Siedlungsreform sollte zu einer Vermehrung und Vergrößerung

⁶⁴ Vgl. DZP, 484.

⁶⁵ DZP, 484.

⁶⁶ Vgl. DZP, 485.

⁶⁷ Vgl. DZP, 484-485.

von Landbaubetrieben führen. Grundstücke im Staatsbesitz und privater Großgrundbesitz, der gegen Entschädigung enteignet wird, bilden die Basis für diese neue Siedlungspolitik.⁶⁸

Weiterhin will die DZP einen gewissen Ausgleich zwischen den verschiedenen Berufsständen schaffen. Dieser Ausgleich sei ein wichtiger Teil „eines gesunden Wirtschaftskörpers“⁶⁹. Die Entstehung eines kräftigen Mittelstandes und Bauernstandes wird als Hauptziel herangeführt. Der Handwerkstand sei auch durch den Krieg schwer geschadet. Eine Zuweisung von Rohstoffen, Arbeit und Kapital solle den Handwerkern wieder auf die Beine helfen. Die DZP fordert allerdings einen Abbau aller Organisationen, die für die Kriegswirtschaft zuständig waren.⁶⁸

Eine ausführliche Sozialpolitik will die DZP gerne fortführen. Vor allem einen Ausbau der Rechtspflege wird befürwortet. Das führe dann zu mehr sozialer Gerechtigkeit und Schutz vor Ausbeutung. Mit diesem Ziel vor Augen fordert die DZP, dass unabhängige Berufsrichter angestellt werden. Der Schutz von Kriegsbeschädigten und -versehrten spielt ebenfalls eine große Rolle. Rechtsgarantien sollen für ein verbessertes Rentenfeststellungsverfahren sorgen.⁶⁸

Die finanzielle Lage des Reiches wird letztens besprochen. Ein Steuersystem nach dem Leistungsfähigkeitsprinzip solle eingeführt werden. Familien sollten wieder berücksichtigt werden. Große Vermögen, die auf unehrliche Weise durch den Krieg entstanden seien, will die Partei nicht verschonen. Steuerflucht und Abwanderung von Kapital ins Ausland sollten außerdem verhindert werden. Die DZP verwirft letztens eine eventuelle Entwertung von Kriegsanleihen.⁷⁰

2.1.6 Deutsche Volkspartei (DVP)

Erstens beschreibt die DVP ihr ideales Staatssystem unter dem Hauptthema „vom Staatswesen“. Laut Aussage der DVP solle die Staatsgewalt stark sein, sie solle sich aber auch auf ‚staatsbürgerliches Pflichtbewusstsein‘ stützen. Nach der DVP seien die Machtmittel des Staates beschränkt, deswegen sollte es Ziel sein, „das Pflichtbewusstsein gegen den Staat bis zum Tode, die Manneszucht und Kameradschaft [...] im deutschen Volke lebendig zu erhalten“⁷¹. Die Staatsgewalt sollte außerdem alle Staatsbürger gleich behandeln.⁷²

⁶⁸ Vgl. DZP, 485.

⁶⁹ DZP, 485.

⁷⁰ Vgl. 485-486.

⁷¹ Deutsche Volkspartei 1960, 117. Angaben zu diesem Text werden im Folgenden mit der Chiffre *DVP* unter Angabe der Seitenzahl im fortlaufenden Text zitiert.

⁷² Vgl. DVP, 117.

Außenpolitisch gesehen sagt die DVP, dass sie Freiheit respektiere und sowohl politische, als auch wirtschaftliche Entwicklung verlange. Die DVP hält diese Ziele aber unter den gegebenen Umständen für unmöglich⁷³:

[...] solange die Ehre des deutschen Volkes von unseren Feinden zertreten, eine Vereinigung aller Deutschen, die von uns gerissen sind oder sich zum Reiche bekennen, einschließlich der österreichischen Deutschen, verhindert und der uns aufgezwungene Gewaltfriede aufrechterhalten wird.⁷⁴

Die DVP will also nicht die bestehenden Grenzen anerkennen und der Friedensvertrag von Versailles wird als ein aufgezwungener illegitimer Friede bezeichnet.

Zum Thema Staatsform sagt die DVP, dass die Partei den Wiederaufbau des deutschen Reiches „mit allen Mitteln“⁷⁴ fordert. Deshalb sei die DVP bereit, innerhalb der heutigen Staatsform mitzuarbeiten. Es sollte einen starken deutschen Einheitsstaat geben, der aber auch die Eigenart innerhalb Deutschlands behalte. Es wird aber ausdrücklich gesagt, dass die DVP den Staat Preußen behalten will und die alten Reichsfarben (Schwarz-Weiß-Rot) wiederherstellen will. Die DVP will weiterhin, dass das Kaisertum gesetzmäßig nach einer freien Volksentscheidung wiedergeherstellt werden sollte.⁷⁵

Die DVP will sich auch mit der Verwaltung beschäftigen. Die Partei will die Verwaltung vereinfachen, indem viel Spielraum für die einzelnen Behörden und öffentlichen Gesellschaften gelassen werden könne. Alle ‚Volkkreise‘ sollten an der Verwaltung beteiligt sein. Gemeinde- und Schulbeamte sollten außerdem mit Staatsbeamten gleichgestellt werden. Daneben will die DVP, dass Richter unabhängig werden. So könne die Regierung nicht die Rechtspflege beeinflussen. Weiterhin sollten das Rechtssystem und das Strafrecht wie die Verwaltung vereinfacht werden.⁷⁶

Das nächste Thema des Programms lautet „Volkstum und Familie“⁷⁴ und folgendes wird gesagt:⁷⁶

Die Not der Zeit, die Bedrückung durch unsere Feinde, der Haß und Verleumdung, die dem deutschen Volke überall begegnen, machen es besonders notwendig, daß es seiner völkischen Eigenart bewußt werde und alle geistigen und sittlichen Werte, die in ihm liegen, herausarbeitete.⁷⁷

⁷³ Vgl. DVP 117-118.

⁷⁴ DVP, 118.

⁷⁵ Vgl. DVP, 118.

⁷⁶ Vgl. DVP, 118-119.

⁷⁷ DVP, 119.

Nach der DVP werde das deutsche Volk also angegriffen und das Volk sollte sich verteidigen. Gruppierungen mit weltbürgerlichen und ‚wesensfremden‘⁷⁷ Aspirationen, die keine Treue zum Nationalstaat fühlen, werden als Feinde bezeichnet. Das Großkapital habe auch im heutigen demokratischen System zu viel Einfluss. Es wird nachdrücklich gesagt, dass nach den Ereignissen der Novemberrevolution zu viele ‚fremdstämmige‘ Personen nach Deutschland gekommen sind. Die DVP glaubt, dass nur Familien diesen Entwicklungen entgegenwirken können. Eine spezielle Bodenpolitik und Steuervergünstigung (worunter Wohnungen) sollten die Position der Familie stärken. Die Auswanderung von Deutschen ins Ausland sollte auch verhindert werden und wenn Auswanderung nicht verhindert werden kann, sollten die Deutschen im Ausland mindestens ihre Identität behalten können. Zum Thema Frauenfrage fordert die DVP, dass Frauen im politischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Sinne gleichgestellt werden.⁷⁸

Darauffolgend solle das Bildungssystem vereinheitlicht werden. Es sollte eine nationale Einheitsschule auf den Grundlagen der deutschen Kultur und des Christentums geben. Dementsprechend sollte Gewissensfreiheit für die verschiedenen Religionsgemeinschaften behalten bleiben. Weiterhin betont die DVP, dass Geschlecht, Stand und Besitz im Bildungssystem keine Rolle spielen sollten. Die Jugendpflege solle auch ausgebaut werden, auf diese Weise könne die körperliche, geistige und sittliche Entwicklung von Jugendlichen gefördert werden.⁷⁹

Für die verschiedenen Religionsgemeinschaften will die DVP Gewissensfreiheit und Selbstverantwortlichkeit. Laut Aussage der DVP sei das Christentum ein wesentlicher Teil der deutschen Kultur und sollte es deshalb gestärkt werden.⁸⁰

Die DVP verlangt, dass die Freiheit der Presse, Kunstfreiheit und Kulturfreiheit behalten bleibt. Kunst und Literatur sollten jedoch „deutsches Wesen und deutsches Empfinden künstlerisch darstellen“ Dasselbe gilt für die deutsche Presse: „Schmutz in Wort und Bild“⁸¹ sei zu unterdrücken.⁸⁰

Dann wird das Thema „von der Volkswirtschaft“⁸² besprochen, das zweite Hauptthema des Parteiprogrammes. Erstens betont die DVP, dass es das Streben nach Gewinn und Recht auf

⁷⁸ Vgl. DVP, 119-120.

⁷⁹ Vgl. DVP, 120-121.

⁸⁰ Vgl. DVP, 121.

⁸¹ DVP, 121.

⁸² DZP, 121.

Privateigentum akzeptiert. Man sollte aber die Gesellschaft und das Gemeinwohl berücksichtigen und sich selbst einschränken. Der Staat sollte demzufolge in der Lage sein, wirtschaftliche Unternehmen gegen Entschädigung zu enteignen, wenn es wertvolle Vorteile für das Gemeinwohl gibt.⁸³

Die soziale Frage wird auch besprochen im Parteiprogramm. Die DVP will keine Sozialisierung der Wirtschaft. Unterschiede in wirtschaftlicher Hinsicht zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen sollten aber ausgeglichen werden. Von den Arbeitern gewählte Vertrauensleute sollten gemeinsam mit Unternehmern Entscheidungen über den Arbeitsdienst und die Wohlfahrt der Arbeiter treffen. Die DVP will weiterhin, dass die Koalitionsfreiheit gewährleistet wird, indem die politischen Überzeugungen der einzelnen Arbeiter geschützt werden. Letztens sollten mehr soziale Gesetze verabschiedet werden (vor allem Versicherungs- und Schutzgesetze).⁸⁴

Nach Ansicht der DVP sollte der Staat den freien Berufen seinen Schutz bieten. Eine Sozialisierung wird dennoch verworfen. Der Schutz von Bauern wird auch explizit genannt. Die DVP will planmäßig dafür sorgen, dass die Ernährung der deutschen Bevölkerung unabhängig vom Ausland wird. Die Schwankungen des Weltmarktes seien eine Gefahr für die deutsche Landwirtschaft. Eine Innensiedlungspolitik, eine Fusionierung von kleineren Stücken Ackerland und Abschaffung von Familienfideikommissen sollten zur Steigerung der Produktion beitragen. Das Verkehrswesen und Bildungssystem auf dem Land sollten ebenfalls ausgebaut werden.⁸⁵

Die DVP will auf dem Land in gleicher Weise die Industrie unterstützen: Wissenschaftliche Forschungen, neue Bildungschancen, erweiterte Schutzrechte (Patente) und Gesetzte, die die Verwaltung von Unternehmen erleichtern, sollten zu einem Aufschwung der Industrie führen. Dasselbe gilt für den Mittelstand. Die Partei will den Mittelstand wie die Industrie unterstützen, die DVP lehnt eine Verstaatlichung jedoch wieder nachdrücklich ab. Die deutschen Banken, Versicherungsgesellschaften und Handelsorganisationen durchleben laut Aussage der DVP schwere Zeiten. Demzufolge müsse Deutschland eine neue Handelsflotte bauen lassen und ein „seinen Bedürfnissen entsprechendes Kolonialland“ erwerben. Daraufhin will die DVP das

⁸³ Vgl. DZP, 121-122.

⁸⁴ Vgl. DZP, 122-123.

⁸⁵ Vgl. DZP, 123.

Schienennetz und Kanalnetz verstaatlichen und neue Wohnungen (vor allem für kinderreiche Familien) bauen lassen.⁸⁶

Letzten will die DVP, dass alle Veteranen und insbesondere alle Kriegsversehrten entschädigt werden. Bewohner von besetzten Regionen Deutschlands sollten auch schadlos gehalten werden. Darauf folgend betont die DVP, dass die Finanzen des Staates und der Gemeinden wieder in Ordnung gebracht werden müssen. Ehrlichkeit, Sparsamkeit und ein Steuersystem nach dem Leistungsfähigkeitsprinzip werden als wichtige Voraussetzungen genannt.⁸⁷

2.1.7 Deutschnationale Volkspartei (DNVP)

Das Programm der DNVP fängt mit dem Thema „Volks- und Staatsleben“ an. Erstens fordert die DNVP „Deutschlands Befreiung“⁸⁸. Deutschland und das deutsche Volk seien im Moment (1920) unter fremder Herrschaft. Eine nationale Wiedergeburt sei nur möglich, wenn das deutsche Volk ‚befreit‘ wird. Ein neues Reich, das alle ‚deutschen Lande‘⁸⁸ vereint, wird als Hauptziel genannt. Dementsprechend sollte der Versailler Vertrag geändert werden und sollte die Einheit von Deutschland und seinen Kolonien behalten bleiben. Die DNVP will darüber hinaus die deutschen Grenzen verschieben⁸⁹:

Grenz- und Auslandsdeutsche. Unseren deutschen Volksgenossen jenseits der uns aufgezwungenen Grenzen fühlen wir uns untrennbar verbunden. Der Schutz des Deutschtums in den verlorenen und besetzten Gebieten und der Schutz der Auslandsdeutschen sind eine wesentliche Aufgabe nationaler Politik. Enge Volksgemeinschaft verbindet uns mit allen Deutschen im Auslande, besonders mit den Deutschen Österreichs, für deren Recht und Selbstbestimmung wir uns einsetzen.⁸⁸

Die durch den Versailler Vertrag bestimmten Grenzen werden hier also sehr deutlich von der DNVP abgelehnt.

Eine grundlegende Neugestaltung der Außenpolitik wird als ein anderes wichtiges Ziel angeführt. Die deutsche Außenpolitik sollte „nur durch deutsche Gesichtspunkte“⁸⁸ bestimmt werden. Sie sollte nur die deutschen Interessen und ihre außenpolitischen Ziele vertreten.⁸⁹

Fernerhin wird eine Wiedereinführung der Monarchie gefordert. Nur die Monarchie entspreche „der Eigenart und geschichtlichen Entwicklung Deutschlands.“⁸⁸ Die Monarchie stehe über den Parteien und solle der Meinung der DNVP nach deshalb für Einheit, für den Schutz von

⁸⁶ Vgl. DZP 122-124

⁸⁷ Vgl. DZP 125.

⁸⁸ Deutschnationale Volkspartei 1920, 2. Angaben zu diesem Text werden im Folgenden mit der Chiffre *DNVP* unter Angabe der Seitenzahl im fortlaufenden Text zitiert.

⁸⁹ Vgl. DNVP, 2.

Minderheiten, für Kontinuität im Staatswesen und für „die Unbestechlichkeit der öffentlichen Meinung“. Die DNVP will aber, dass die verschiedenen Teilstaaten des deutschen Reiches selbst über ihre eigene Staatsform entscheiden. Auf nationaler Ebene sollte es allerdings unbedingt einen Kaiser des Adelsgeschlechtes Hohenzollern geben.⁹⁰

Zu der Gestaltung vom deutschen Reich wird folgendes gesagt:

[..] Ein fest geeintes Deutsches Reich ist die wichtigste Grundlage deutscher Größe. Nur durch ein freudiges und freiwilliges Bekenntnis aller seiner Teile zum Reichsgedanken kann sein Bestand gesichert sein, kann die Fülle seiner Kräfte zur vollen Wirkung kommen. Um der Reichseinheit willen ist die Selbständigkeit der Einzelstaaten zu schützen und ihre und der Stämme berechnete Eigenart zu pflegen. Das deutsche Gesamtinteresse erfordert ein unzerstückeltes, in seinem Bestande und in seinen Rechten nicht geschmälertes Preußen; auf seine staatenbildende Kraft kann das Reich für seinen Wiederaufbau nicht verzichten.⁹¹

Der föderative Charakter des Kaiserreiches sollte also behalten bleiben. Die Einzelstaaten seien wichtig, um die regionalen Unterschiede innerhalb Deutschlands zu gewährleisten. Die Rolle von Preußen innerhalb des deutschen Reiches sollte auch behalten werden.

Zum Thema Volksvertretung vertritt die DNVP die Meinung, dass es zwei Organe geben sollte. Erstens will die DNVP ein Parlament, dessen Mitglieder in „allgemeinen, gleichen, unmittelbaren und geheimen Wahlen“ gewählt werden⁹². Es wird auch betont, dass beide Geschlechter das Wahlrecht haben sollten. Neben dem Parlament will die DNVP eine zweite Ebene der Volksvertretung: „Neben diesem Parlament verlangen wir eine Vertretung, die auf einem nach Berufen gegliederten Aufbau der wirtschaftlichen und geistigen Arbeit beruht.“⁹²

Anschließend will die DNVP, dass es neben der Volksvertretung eine starke vollziehende Gewalt und einen umfangreichen effektiven Behördenapparat, der nicht unter dem Einfluss der verschiedenen politischen Parteien steht, gibt. Die richterliche Unabhängigkeit sollte auch gewährleistet werden. Die Selbstverwaltung der Gemeinden sei ebenfalls zu wahren. Die DNVP betont dennoch, dass die Verwaltung vereinfacht werden sollte und die Verwaltung sollte mit den Finanzen sparsam umgehen.⁹³

Die nächste Forderung der DNVP ist, dass die allgemeine Wehrpflicht behalten bleibt. Es wird auch betont, dass das Reich eine neue Flotte braucht. Diese Flotte sei notwendig für den Schutz der Küsten und für die Sicherung der außenpolitischen Interessen Deutschlands. Die

⁹⁰ Vgl. DNVP, 5.

⁹¹ DNVP, 5-6.

⁹² DNVP, 6.

⁹³ Vgl. DNVP, 6.

Versorgung von Kriegsversehrten, aktiven Soldaten und entlassenen Soldaten und letztendlich Pensionären wird als „Ehrenpflicht von Reich und Volk“ genannt.⁹⁴

Zum Thema Frauenemanzipation wird folgendes gesagt: Die Frau sei „die Hüterin der sittlichen und religiösen Grundlagen des Familien- und Volkslebens“⁹⁵. Weil die Frau diese Rolle spielt, fordert die DNVP eine Gleichberechtigung für Frauen im Berufsleben, im Familienleben und im öffentlichen Leben.⁹⁶

Dann kehrt die DNVP sich gegen „jeden zersetzenden, undeutschen Geist“. Nach der DNVP sei ein starkes Deutschland nur möglich, wenn es vom fremden Einfluss verschont bleibe. Vor allem die Juden werden hier herausgegriffen: Seit der Novemberrevolution gebe es eine „immer verhängnisvoller hervortretende Vorherrschaft des Judentums in Regierung und Öffentlichkeit“.⁹⁵

Das letzte Punkt des Themas Volks- und Staatsleben lautet die Volksgesundheit. Die Entstehung von kinderreichen Familien wird hier als Hauptziel angeführt. Die Ernährung, Kinderschutz und Mutterschutz sollten verbessert werden und Kindersterblichkeit, Tuberkulose und Geschlechtskrankheiten entgegengewirkt werden.⁹⁶

Dann wird das zweite Hauptthema des Parteiprogrammes auseinandergesetzt, das geistige Leben. Die DNVP sieht das Christentum als Basis für die Gesellschaft. Das Christentum sei notwendig für „die Reinheit der Familie, die Entwicklung der Jugend, die Versöhnung der sozialen Gegensätze, die Gesundheit des Staates“.⁹⁷ Ein Volk und ein Staat ohne Religion verlieren nach der DNVP ihre Sittlichkeit. Die DNVP fordert deshalb, dass alle Religionsgemeinschaft die Gesetzen der Staat akzeptieren, recht auf Staatschutz und selbstständige Verwaltung bekommen.⁹⁸

Die Erziehung der Jugend sollte auch vom Christentum und „vom vaterländischen Geist“⁹⁷ geprägt sein. Das führe dann zu „einer einheitlichen Weltanschauung“. Zu diesem Zweck will die DNVP, dass eine gemeinsame Grundschule eingeführt wird. Das Recht auf Privatbildung sollte aber behalten bleiben. Die Lehrer selbst sollten ihre Bildung an einer höheren Schule erwerben. Zu Universitäten und Hochschulen wird gesagt, dass ihre Hauptaufgabe die „Vertiefung und Bereicherung deutscher Art und deutschen Wesens“ ist. Letztendlich wird

⁹⁴ Vgl. DNVP, 6-7.

⁹⁵ DNVP, 7.

⁹⁶ Vgl. DNVP, 7.

⁹⁷ DNVP, 8.

⁹⁸ Vgl. DNVP, 8-9.

gesagt, dass Kunst für jeder Person zugänglich sein muss. Kunst trage nämlich zum Volksbewusstsein bei.⁹⁹

Schließlich wird das letzte Hauptthema besprochen: Das Wirtschaftsleben. Die DNVP betont hier, dass Privateigentum, Eigenwirtschaft und Unternehmungsgeist die Grundlagen einer erfolgreichen Wirtschaft seien. Die DNVP sagt hier allerdings folgendes: „Wir verlangen, daß sie sich in den Grenzen des Gemeinwohls halten, und werden sie gegen jeden offenen und verstreckten Kommunismus verteidigen.“¹⁰⁰ Die DNVP will also nicht eine Marktwirtschaft ohne Staateinmischung. Die DNVP sagt dementsprechend, dass der Staat in die Wirtschaft eingreifen sollte, wenn es notwendig ist. Sonst gebe es eine „Zwangswirtschaft“¹⁰⁰. Sie positioniert sich dennoch dem Kommunismus hier sehr deutlich gegenüber und sagt, dass die Partei sich gegen „jede offene und versteckte Form des Kommunismus“ verteidigen wird.¹⁰¹

Dann beschreibt die DNVP eine neue Siedlungspolitik. Die Auswanderung von Deutschen ins Ausland sei zu verhindern. Die DNVP will Heimstätten schaffen, insbesondere für deutsche „Krieger“.¹⁰⁰ Großgrundbesitz des Staates und Privatbesitz sollten gegen Entschädigung von neuen Bauern besiedelt werden. Folglich glaubt die DNVP auf diese Weise den kompletten Nahrungsbedarf Deutschlands abdecken zu können.¹⁰² Industrie und Handwerk sollte auch vom Staat geholfen werden: Der Staat sollte ihnen die nötigen Rohstoffe liefern. Das alles führe dann zur Entstehung eines Mittelstandes.¹⁰³ Der Mittelstand sei nämlich „eines der wirksamsten Mittel zur Überbrückung der sozialen Gegensätze, weil er den unteren Schichten die Aufstiegsmöglichkeit zur wirtschaftlichen Selbstständigkeit offen hält [...]“¹⁰⁴

Letztlich wird die Sozialpolitik der Partei beschrieben. Die Partei will Gesetzgebung vor Ausbeutung einführen. Vor allem die freien Berufe sollten unterstützt werden. Die Geldentwertung im Reich habe sie hart getroffen. Dann betont die DNVP, dass die Steuern erhöht werden müssen wegen der schlechten wirtschaftlichen Lage des Reiches.¹⁰⁵

⁹⁹ Vgl. DNVP, 8-9.

¹⁰⁰ DNVP, 9.

¹⁰¹ DNVP, 9-11.

¹⁰² Vgl. DNVP, 10.

¹⁰³ Vgl. DNVP 10-11.

¹⁰⁴ DNVP, 11.

¹⁰⁵ Vgl. DNVP, 12.

2.2 Vergleich der Parteiprogramme

2.2.1 Frauenrechte

Interessanterweise befürworten alle Parteien eine Erweiterung der Frauenrechte bis zu einem gewissen Grad. Die DDP fordert ausdrücklich nicht nur eine rechtliche, sondern auch eine soziale Gleichstellung der Frau. Die DDP will auch, dass Geschlecht in Zukunft keine Rolle mehr spielt im Bildungssystem. Die DNVP fordert die Gleichberechtigung von Frauen im öffentlichen Leben und im Beruf- und Familienleben. Die DDP sagt explizit, dass es alle gesetzlichen Benachteiligungen für Frauen rückgängig machen will. Gleiches Wahlrecht für Männer und Frauen wird von der DDP gefordert. Die DVP hat in ihrem Parteiprogramm die ausführlichste Position beschrieben: Sie verfolgt eine politische, wirtschaftliche und rechtliche Gleichberechtigung. Zur Frauenfrage sagt die SPD nur, dass die Partei ein Verbot auf Nachtarbeit für Frauen (und Kinder) erlassen will. Die Haltung der Partei zum Thema Gleichstellung der Frau und Frauenwahlrecht wird nicht beschrieben. Die KDP fordert eine soziale und rechtliche Gleichstellung der Frau. Nur die USPD erwähnt überhaupt nichts zu diesem Thema in ihrem Parteiprogramm.

2.2.2 Föderalismus

Großenteils vertreten die Parteien vergleichbare Positionen zum Thema Föderalismus. Die DDP will, dass der föderative Charakter des Kaiserreiches mit seinen Bundesstaaten behalten bleibt, um die Unterschiede zwischen verschiedenen Regionen schützen zu können. Die DNVP schließt sich dieser Position an. Außerdem fordert sie, dass jeder Teilstaat über seine eigene Staatsform entscheiden kann und dass die Rolle des Staates Preußen innerhalb des Reiches unangetastet bleibt. Die DVP befürwortet wie die DNVP sowohl die Erhaltung des Staates Preußen, als auch die Erhaltung eines föderativen Systems. Die DDP sagt, dass die Partei die Einheit des Reiches anstrebt. Das Reich soll aber die Eigenart verschiedener Regionen Deutschland berücksichtigen.

Die KDP setzt sich diesen Parteien sehr deutlich gegenüber. Die KDP fordert nachdrücklich, dass alle Teilstaaten abgeschafft werden und dass eine einheitliche Sozialistische Republik gegründet wird. Die SPD bestrebt auch den Aufbau des deutschen Staates zum Einheitsstaat. Es verlangt aber eine ‚organische Gliederung‘ in diesem Einzelstaat. Im Parteiprogramm der USPD wird keine Haltung zum Thema Föderalismus beschrieben.

2.2.3 Staatssystem

Was das Staatssystem betrifft, gibt es keine solche Einigung wie z.B. über das Thema Frauenrechte. Die KPD betont, dass die Partei auf dem Erfolg der Novemberrevolution aufbauen will und dass sie sich zur Verwirklichung eines sozialistischen Einheitsstaates unter Führung eines Zentralrates bekennt. Dementsprechend fordert die Partei eine Entwaffnung der Gesellschaft und des Staates, die Gründung einer eigenen Arbeitermiliz und ein Revolutionstribunal für die Bestrafung der alten Machthaber. Die USPD vertritt eine vergleichbare Position: Sie fordert die Entwaffnung von Bürgern und Grundbesitzern und die Auflösung des Heeres und der Polizei. Auch die USPD verlangt ein Räteresystem, das das Land regieren wird und will. Die USPD wie die KPD strebt weiterhin der Gründung einer sozialistischen Gesellschaft an.

Andere Parteien bekennen sich aber zur Schaffung einer neuen demokratischen Verfassung. Die DZP sagt nachdrücklich, dass sie eine Verfassung auf demokratischer Basis anstrebt. Auch die DDP sagt mit einer Verfassung einverstanden zu sein und dass Deutschland eine Republik und ein Rechtsstaat sein sollte. Die SPD akzeptiert auch die Staatsform der demokratischen Republik. Sie sagt aber nachdrücklich, dass sie eine Wiederherstellung der Monarchie befürchte und monarchistische Beamte entlassen will.

Die DNVP spricht sich dagegen nachdrücklich für die Wiederherstellung der Monarchie aus, weil nur die Monarchie die einzigartige geschichtliche Entwicklung Deutschlands entspreche. Weiterhin sagt die DNVP, dass es im heutigen System zu viele fremde Einflüsse gibt. Es wird sogar von einer Vorherrschaft der Juden im Staat gesprochen. Die DVP fordert auch, dass nach einer freien Volksentscheidung die Monarchie wieder eingeführt wird. Die alten Reichsfarben (Schwarz-Weiß-Rot) sollten auch wiederhergestellt werden. Um des Wiederaufbaus Deutschlands willen, sei die Partei aber dazu bereit, innerhalb der heutigen Staatsform mitzuarbeiten.

2.2.4 Außenpolitik

Die KPD beschreibt ihre Außenpolitik nicht sehr ausführlich im Parteiprogramm. Als internationales Ziel wird aber die Verbreitung der sozialistischen Revolution in Form einer internationalen Revolution des Weltproletariats genannt. Die USPD vertritt eine vergleichbare Position. Die Partei will, dass das Weltproletariat vereinigt wird nach den Ideen der dritten (Moskauer) Internationale. Deswegen will die USPD sich mit ausländischen Parteien zusammenschließen, die Teil dieser Internationale sind.

Die DZP strebt nach einem anderen Ziel. Das Schließen eines Weltfriedens, sodass die Völker sich versöhnen können. Die SPD will auch, dass Friede geschlossen wird. Dieser Friede sollte auf sozialistischen Grundsätzen basiert sein und für Verständigung und Wiederaufbau sorgen.

Andere Parteien lehnen den Versailler Frieden aber nachdrücklich ab. Die DNVP fordert zum Beispiel ‚Deutschlands Befreiung‘. Und die Partei lehnt den Versailler Vertrag ab, weil die Deutschen in Europa nicht in einem Land vereint sind. Die DNVP sagt auch, dass die deutsche Außenpolitik nur die Interessen Deutschlands berücksichtigen sollte. Auch die DVP sieht die aktuellen Grenzen (1920) als Problem. Der Versailler Friede wird von der DVP als ‚Gewaltfriede‘ bezeichnet, weil er die Vereinigung aller Deutschen (worunter Österreicher) verhindert. Die DDP ist weiterhin nicht mit dem heutigen Frieden einverstanden. Laut der DDP bilden Macht und Unterdrückung die Basis des heutigen Friedens. Die DDP beruft sich auf das Selbstbestimmungsrecht und will deswegen eine Vereinigung aller Deutschen realisieren.

2.2.5 Kolonialpolitik

Vier Parteien besprechen Deutschlands Anspruch auf Kolonialgebiet. Die DZP spricht sich für einen Behalt der Deutschen Kolonien aus, weil Deutschland die Bevölkerung dieser Gebiete ‚erziehen‘ und christianisieren müsse. Die DNVP, DVP und DDP verlangen ebenfalls, dass Deutschland seine Kolonien behalten darf. Die USPD, SPD und KPD besprechen das Thema nicht in ihren Parteiprogrammen.

2.2.6 Bildungssystem

Viele Weimarer Parteien unterstützen einen Ausbau des Bildungssystems. Die DZP befürwortet einen Ausbau des Schulsystems, sodass alle sozialen Klassen am öffentlichen Leben teilnehmen können. Die DDP nennt Schulen sogar die „Eckpfeiler des Kulturstaates“ und sie seien eine wichtige Voraussetzung für Charakterbildung und sittliche und körperliche Entwicklung. Deshalb verlangt die Partei, dass eine neue Einheitsschule gegründet wird. Die DVP unterstützt auch die Gründung einer Einheitsschule (auf christlicher Basis) und fordert, dass Geschlecht, Stand und Besitz in diesem neuen System keine Rolle spielen sollten. Die Position der DNVP ist sehr vergleichbar: Die Partei will eine gemeinsame Grundschule gründen, die christliche Werte vertreten werde.

Letztendlich spricht die SPD sich auch aus für eine Umgestaltung des Bildungssystem. Sie will aber, dass sozialistisch-pädagogische Grundsätze das neue System prägen und das Religion zur Privatsache wird. Die USPD fordert ebenfalls eine totale Trennung von Kirche und Staat und

unterstützt auch ein neues Bildungssystem auf sozialistisch-pädagogischen Grundsätzen. Die KPD bespricht dieses Thema überhaupt nicht.

2.2.7 Landwirtschaft

Viele Weimarer Parteien beschreiben in ihren Parteiprogrammen sehr ähnliche Pläne für Landwirtschaftsreformen. Vor allem was Siedlungsmöglichkeiten für neue Bauern betrifft. Erstens will die DZP eine „innere Kolonisation“ ermöglichen. Staatsbesitz und Großgrundbesitz werden gegen Entschädigung enteignet und von neuen Bauernfamilien besiedelt. Auf diese Weise glaubt die DZP die Ernährung der Bevölkerung sichern zu können. Die DNVP will auch größere Grundstücke in Staat- und Privatbesitz gegen Entschädigung verstaatlichen und dann unter neuen Bauern verteilen. Die DNVP glaubt auf diese Weise die Auswanderung von Deutschen verhindern zu können. Auch die DVP vertritt eine sehr vergleichbare Position und fordert eine Innensiedlungspolitik, um die Produktion der Landwirtschaft steigern zu lassen. Die DDP will auch ermöglichen, dass neue Bauernfamilien sich ansiedeln können, indem Großgrundbesitz aufgeteilt wird. Die DDP glaubt ebenfalls so die Ernährung der Bevölkerung zu sichern. Auch die KPD will Mittel- und Großgrundbesitz enteignen (aber nicht gegen Entschädigung). Dann will die Partei sozialistische Genossenschaften bilden, die diese Grundstücke übernehmen würden. Die USPD fordert ebenso die Enteignung landwirtschaftlicher Unternehmen. Nur die SPD schneidet dieses Thema nicht an.

2.2.8 Wirtschaft

Wie bereits beschrieben, ist die Realisierung einer sozialistischen Gesellschaft das Ziel der KPD. Deswegen fordert die Partei eine zentral geplante Wirtschaft: Dynastische Vermögen werden konfisziert, Staatschulden und Kriegsanleihen werden erlassen, alle Banken, Bergwerke, Großindustrieunternehmen usw. werden verstaatlicht und Großgrundbesitz wird geteilt. Betriebsräte sollten gewählt werden, die die Betriebsleitung aller Betrieben übernehmen. Die USPD spricht sich gleichermaßen für eine Verstaatlichung von hochentwickelter Industrie (z.B. die Stahlindustrie) aus, Versicherungsgesellschaften, Bergbauunternehmen und Energieversorgungsunternehmen. Die Einführung eines Rätesystem wird auch gefordert, wie bei der KPD.

Die übrigen Parteien sind nicht bereit, eine vergleichbare Verstaatlichung durchzuführen. Die DZP will nur, dass die Landwirtschaft zentral geplant wird. Die Partei betont, dass sie Privatbesitz und Privatwirtschaft respektiere. Die Wirtschaft solle aber das Gemeinwohl und

soziale Gerechtigkeit berücksichtigen. Die DNVP sagt außerdem, dass sie Privateigentum und Eigenwirtschaft akzeptiere. Die Partei sagt aber wie die DZP, dass der Staat in die Wirtschaft eingreifen können sollte. Die DNVP positioniert sich aber nachdrücklich dem Kommunismus gegenüber und eine totale Verstaatlichung der Wirtschaft wird abgelehnt. Die DDP hallt solch eine Verstaatlichung für eine Bürokratisierung der Wirtschaft und lehnt sie auch ab. Die DDP ist dennoch der Meinung, dass der Staat Missbrauch bekämpfen sollte und Monopole und Oligopole entgegenwirken muss. Die DVP schätz die Situation ähnlich ein und sagt, dass sie Streben nach Gewinn und das Recht auf Privateigentum akzeptiere. Das Gemeinwohl sollte aber berücksichtigt werden und der Staat sollte bestimmte Unternehmen gegen Entschädigung enteignen können. Schließlich will die SPD auch in die Wirtschaft eingreifen: Die Partei will Kapitalflucht und Steuerhinterziehung entgegenwirken, Ausfuhrzölle erhöhen und die Kontrolle über Auslanddevisen vergrößern.

2.2.9 Sozialpolitik

Die KPD verlangt die Realisierung der sozialistischen Gesellschaft. Dementsprechend plädiert die KPD im Bereich der Sozialpolitik für eine totale Gleichstellung der Bevölkerung. Die Partei will Standesunterschiede, Orden und Titel abschaffen. Die soziale Hauptforderung der Partei ist die Einführung eines Arbeitstages von sechs Stunden. Auch die USPD will eine sozialistische Gesellschaft realisieren. Die Verstaatlichung des Wohnungsbaus und der Ernährung der Bevölkerung werden als Hauptreformen beschrieben.

Die übrigen Parteien gehen nicht so weit. Die meisten befürworten dennoch einen Ausbau der Sozialpolitik. Die DZP will vor allem die Rechtspflege verbessern, für mehr soziale Gerechtigkeit sorgen, einen wirtschaftlichen Ausgleich zwischen verschiedenen Berufsständen schaffen und die Bevölkerung vor Ausbeutung schützen. Außerdem will die DZP, dass der Staat sich bemüht um die Versorgung von Kriegsversehrten. Schutz vor Ausbeutung ist für die DNVP ebenso wichtig. Laut der DNVP seien vor allem die freien Berufe gefährdet. Ein Ausbau der sozialen Gesetze wird auch von der DVP gefordert. Die DVP will nämlich wirtschaftliche Unterschiede zwischen Bevölkerungsgruppen ausgleichen. Die Partei sagt aber nachdrücklich, dass es eine Sozialisierung verwirft. Auch die DDP verlangt, dass der Staat die Voraussetzungen für einen finanziellen Ausgleich schafft. Staatliches Bestimmen von Gehältern wird allerdings abgelehnt. Zuletzt spricht die SPD sich für eine ausführliche Ergänzung der sozialen Gesetzgebung aus. Die Partei will den Arbeitstag von 8 Stunden behalten, Nacharbeit einschränken für Männer und verbieten für Frauen und Jugendliche, Kinderarbeit verbieten, das Streikrecht erhalten und die soziale Hilfe ausbreiten.

2.2.10 Kategorisierung

Aufgrund der gezeigten Parallelen zwischen den verschiedenen Parteiprogrammen, wird die folgende Kategorisierung gemacht. Diese Kategorisierung wird im 4. Kapitel wiederaufgegriffen.

Föderalismus:

- Befürworter des Föderalismus (DDP, DZP, DNVP und DVP)
- Befürworter der Einheitsstaat (KPD und SPD)
- Unbekannt (USPD)

Frauenrechte:

- Befürworter der Erweiterung von Frauenrechten (KPD, SPD, DDP, DZP, DNVP, DVP und SPD)
- Unbekannt (USPD)

Staatsystem:

- Befürworter eines sozialistischen Staates (KPD und USPD)
- Befürworter eines demokratischen/republikanischen Verfassungsstaates (SPD, DDP und DZP)
- Befürworter der Monarchie (DVP und DNVP)

Außenpolitik

- Befürworter einer Weltrevolution (KPD und USPD)
- Befürworter einer internationalen Versöhnung (SPD und DZP)
- Befürworter einer Grenzverschiebung (DDP, DVP und DNVP)

Kolonialpolitik

- Befürworter eines Kolonialreichs (DDP, DZP, DVP und DNVP)
- Unbekannt (KPD, USPD, SPD)

Bildungssystem

- Befürworter eines erweiterten vom Christentum geprägten Bildungssystems (DDP, DZP, DVP und DNVP)
- Befürworter eines sozialistisch-pädagogischen Bildungssystems (USPD und SPD)
- Unbekannt (KPD)

Landwirtschaft

- Befürworter einer Enteignungs- und Siedlungspolitik (KPD, USDP, DDP, DZP, DVP, DNVP)
- Unbekannt (SPD)

Sozialpolitik

- Befürworter eines Ausbaus der Sozialpolitik (SPD, DDP, DZP, DVP, DNVP, DZP)
- Befürworter eines sozialistischen Systems (KPD und USPD)

Wirtschaft

- Befürworter des wirtschaftspolitischen Staatsinterventionismus (SPD, DDP, DZP, DVP und DNVP)
- Befürworter einer sozialistischen Wirtschaft (KPD und USPD)

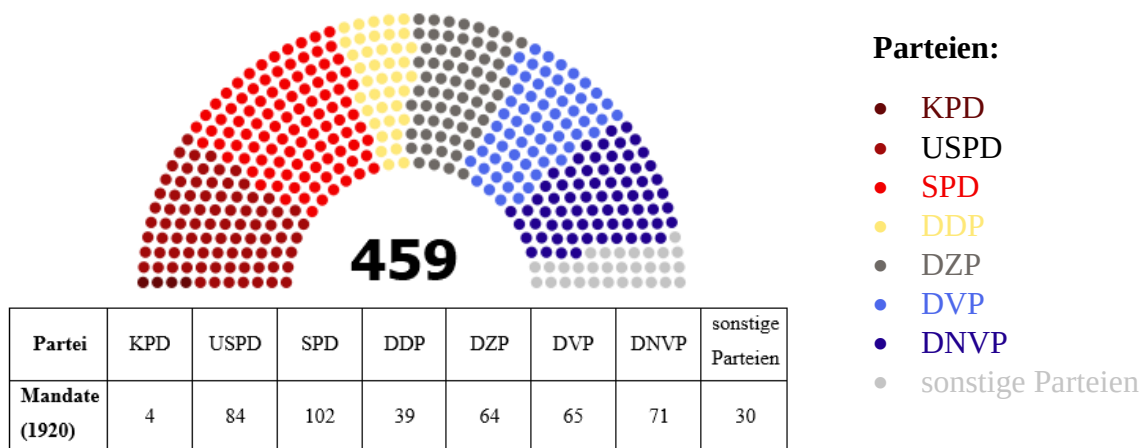
3.0 – Ergebnisse

3.1 Fallbeispiel

3.1.1 Die Reichstagswahl von 1920

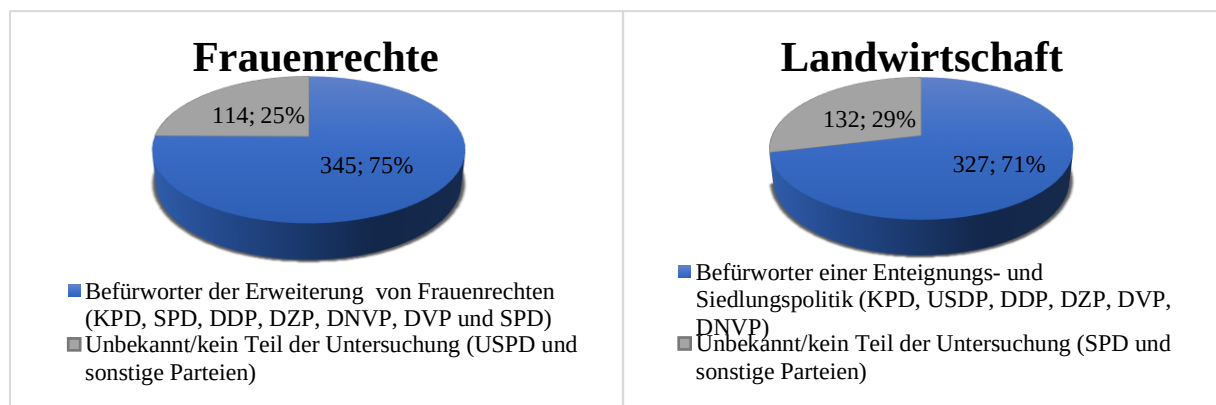
Bei der Reichswahl von 1920 wurden alle untersuchten Parteien gewählt und saßen alle Parteien tatsächlich im Parlament. Nur bei dieser Wahl von 1920 ist das überhaupt der Fall. Deshalb wird die Mandatsverteilung von 1920 in diesem Fallbeispiel verwendet. Die Mandatsverteilung im Reichstag in diesem Jahr war wie folgt

Ergebnisse der Reichstagswahl von 1920 ¹⁰⁶

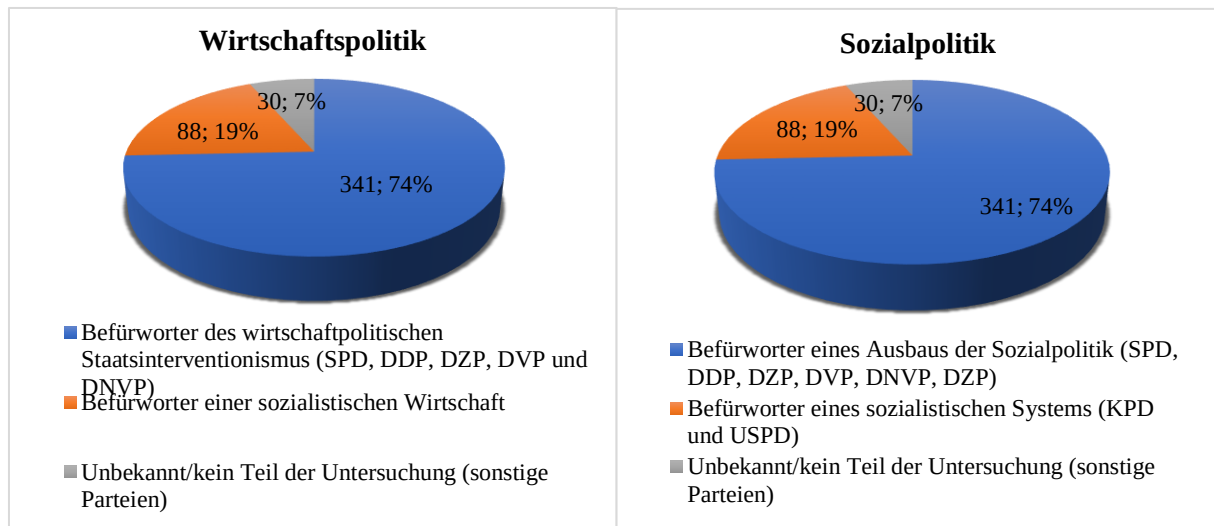


3.1.2 Absolute Mehrheiten

Für bestimmte Themen sind bei der Reichswahl von 1920 große Mehrheiten festzustellen. 75% der Abgeordneten unterstützen die Erweiterung von Frauenrechten bis zu einem gewissen Grad. Eine Enteignungs- und Siedlungspolitik in der Landwirtschaft wird auch von der Mehrheit der Abgeordneten (71%) unterstützt. Was die Sozialpolitik und die Wirtschaft betrifft ist die Situation sehr vergleichbar: 74% der Abgeordneten haben Wahlkampf geführt mit einem Programm, das einen Ausbau der Sozialpolitik und Staatseingriffen in die Wirtschaft verspricht.

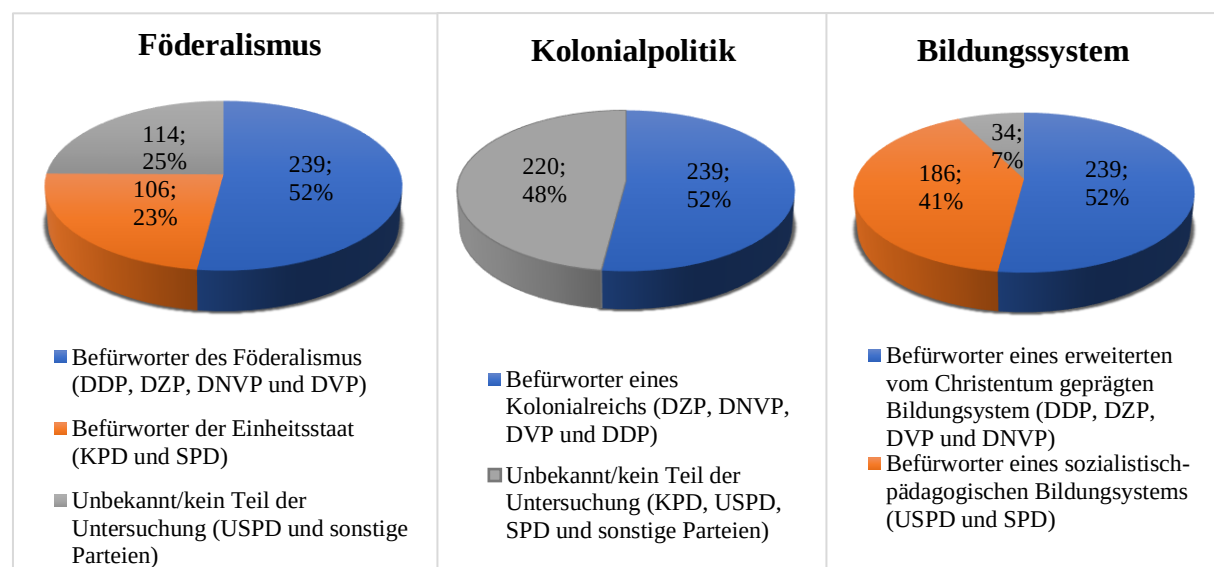


¹⁰⁶ Vgl. Mommsen 1964, 828.



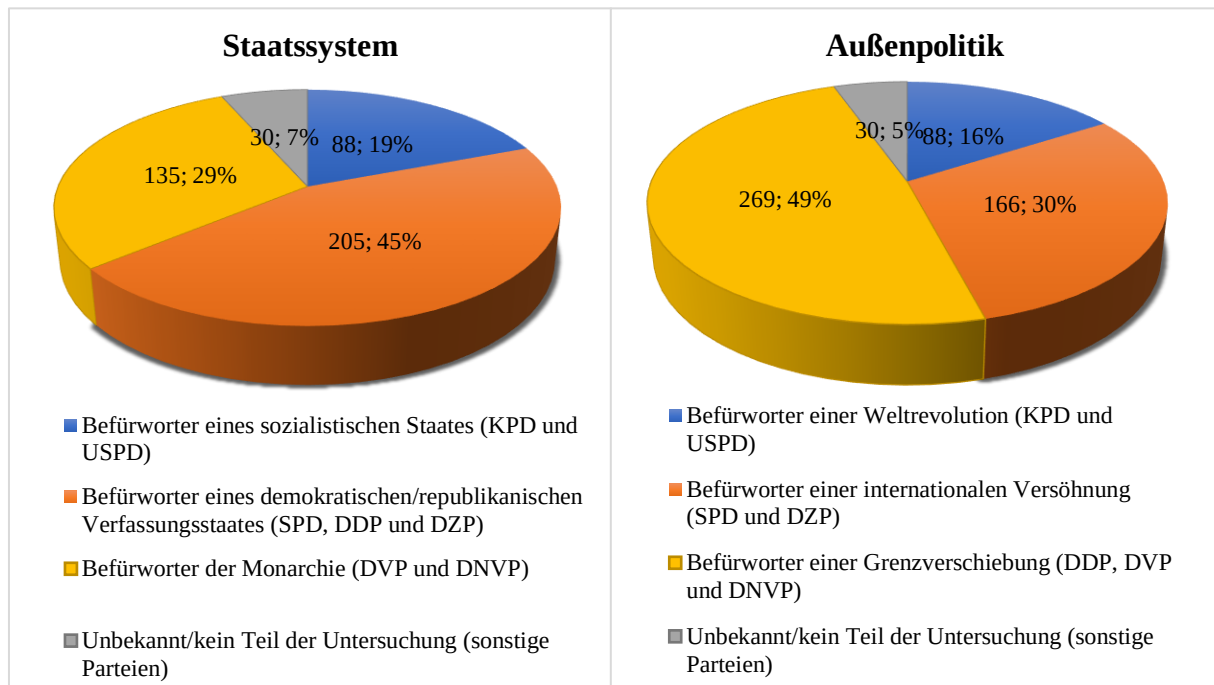
3.1.2 Knappe Mehrheiten

Für die meisten Themen gibt es nur eine kleine Mehrheit. So unterstützen 52% der Abgeordneten sowohl den Föderalismus, als auch den Erwerb von Kolonien. Dieselbe Mehrheit gibt es für eine Erweiterung eines vom Christentum geprägten Bildungssystems.



3.1.3 Keine Übereinstimmung

Zum Thema Staatssystem und Außenpolitik gibt es keine Übereinstimmung. 45% der Abgeordneten spricht sich aus für den demokratischen/republikanischen Verfassungsstaat, 29% fordern die Wiederherstellung der Monarchie und 19% der Parlamentarier verlangt den Aufbau eines sozialistischen Staates. Was die Außenpolitik betrifft sieht das Bild ähnlich aus: 49% der sitzenden Parlamentarier verwirft die heutige Weltordnung und den Versailler Frieden, weil sie die festgelegten deutschen Grenzen nicht anerkennen. 30% der Abgeordneten strebt eine internationale Versöhnung an und 16% der Abgeordneten plädiert für eine Weltrevolution des Proletariats.



3.2 Endergebnis

Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass es in der Weimarer Republik politische Übereinstimmung über bestimmte Themen zwischen unterschiedlichen Parteien gab. Bei sechs von sieben untersuchten Parteien (KPD, SPD, DDP, DZP, DVP und DNVP) gab es in der einen oder anderen Form Unterstützung für eine Erweiterung von Frauenrechten. Was die Landwirtschaft betrifft sieht die Situation ähnlich aus: Hier befürworteten 6 Parteien (KPD, USPD, DDP, DZP, DVP, DNVP) eine Enteignungs- und Siedlungspolitik für die Landwirtschaft. Wenn man von der Mandatsverteilung von 1920 ausgeht, lässt sich hier eine absolute Mehrheit von 75% beziehungsweise 71% konstatieren. Sechs Weimarer Parteien (SPD, DDP, DZP, DVP, DNVP, DZP) verlangen außerdem eine vergleichbare Sozialpolitik (ein Ausbau dieser Politik) und eine ähnliche Wirtschaftspolitik (Staatseingriffe in die Wirtschaft). In beiden Fällen bilden sie in der gegebenen Situation der Reichtagwahl von 1920 eine absolute Mehrheit von 74%.

Darüber hinaus gibt es nur knappe Mehrheiten was drei andere Themen betrifft. Vier Parteien (DDP, DZP, DVP und DNVP) unterstützen ein föderatives Landessystem, ein erweitertes vom Christentum geprägtes Bildungssystem und streben die Erwerbung eines Kolonialreichs an. In allen Fällen ergibt sich eine Mehrheit von 52%, wenn die Reichswahl von 1920 als Ausgangspunkt dient.

Aus den Vergleichen geht hervor, dass es nur in zwei Fällen gar keine Einigung gibt. Erstens lassen sich drei wichtige Lager ableiten, wenn man sich mit diesem Thema Beschäftigt. Zwei

Parteien (KPD und USPD) unterstützen die Errichtung eines sozialistischen Staates, drei Parteien (SPD, DDP und DZP) setzen sich für einen demokratischen/republikanischen Verfassungsstaat ein und die Wiederherstellung der Monarchie wird von zwei Parteien gefordert (DVP und DNVP). Die Situation im Jahre 1920 deutet darauf hin, dass 19% der Abgeordneten ein sozialistisches System verlangen, 45% sind mit dem Verfassungsstaat einverstanden und 29% setzen sich für die Wiederherstellung der Monarchie ein. Zweitens ergibt es sich keine Mehrheit, wenn man sich mit dem Thema Außenpolitik auseinandersetzt. Eine Weltrevolution steht im Parteiprogramm von zwei unterschiedlichen Parteien (KPD und USPD), zwei Parteien streben eine internationale Versöhnung an (SPD und DZP) und schließlich gibt es drei Parteien (DDP, DVP und DNVP), die den Versailler Frieden ablehnen, weil diese Parteien nicht mit den festgestellten deutschen Grenzen einverstanden sind. Wenn von der Mandatsverteilung ausgegangen wird, verlangen 16% der Abgeordneten eine Weltrevolution, 30% eine internationale Versöhnung und 49% eine Grenzverschiebung.

Die Befunde deuten darauf hin, dass es in der Weimarer Republik tatsächlich viele Themen gab, bei denen politische Kooperation sicherlich möglich war. Was die Themen Frauenrechte, Landwirtschaft, Sozialpolitik und Wirtschaft betrifft gibt es einen hohen Grad der Übereinstimmung. Die Themen Kolonialpolitik, Bildung und Föderalismus ergeben einen niedrigeren Grad der Übereinstimmung und die Themen Staatssystem und Außenpolitik nur einen sehr geringen Grad. Deswegen kann die Hypothese nur teilweise bestätigt werden. Nur bei zwei von neun untersuchten Themen liegt der Schluss nahe, dass Kooperation nicht möglich war, weil zu wenige politische Gemeinsamkeiten gefunden werden konnten. Bei sieben untersuchten Themen war eine Einigung der untersuchten Parteien aber sicherlich möglich: Vor allem bei innenpolitischen Themen wie Föderalismus, Landwirtschaft, Frauenrechte, Sozialpolitik, Bildung und Wirtschaft und Kolonialpolitik. Deswegen wird die Hypothese größtenteils verworfen. Allerdings muss gesagt werden, dass die Außenpolitik und das Staatssystem wichtige Themen für jeden Staat sind. Vielleicht könnte Uneinigkeit über diese zwei Themen also eine der Faktoren gewesen sein, die dazu beigetragen haben, dass die Weimarer Republik keine langfristige stabile Demokratie geworden ist. Trotz aller anderen Themen, die Mehrheiten ergeben haben könnten. Weitere Forschung ist aber unbedingt notwendig, um die gewonnenen Erkenntnisse dieser Studie zu Ergänzen (mehr hierzu in Kapitel 4).

4.0 – Ausblick

Diese Studie hat gezeigt, dass es in der Weimarer Republik Einigung gab über viele Themen. Entweder gab es unter den Parteien eine absolute Mehrheit für bestimmte Themen wie Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik, Landwirtschaft und Frauenrechte, oder es gab eine knappe Mehrheit für andere Themen wie Föderalismus, Kolonialpolitik und Bildung. Über die Außenpolitik und das Staatssystem der Weimarer Republik, gab es aber keine solche Einigung.

Die Ergebnisse dieser Studie werfen aber viele weiterführende Fragen auf. Der vorgeschriebene Umfang der Bachelorarbeit erlaubte nur, dass 7 Weimarer Parteien untersucht werden konnten (KPD, USPD, SPD, DDP, DZP, DVP und DNVP). Die untersuchten Parteiprogramme stammen aus der Zeit vom Anfang der Weimarer Republik (1918 bis 1921). Dementsprechend war nur die Reichswahl von 1920 als Fallbeispiel geeignet für diese Studie. Es handelt sich also um eine beschränkte Auswahl von Parteien und Dokumenten aus einem beschränkten Zeitraum. Weitere Studien könnten die erhaltenen Einsichten ergänzen, indem mehr Parteien der Weimarer Republik und Dokumente aus einem umfangreicheren Zeitraum untersucht werden.

Während der Studie gab es auch manchmal Probleme beim Auffinden von primären Quellen. Die Sammelbände, die die Parteiprogramme enthalten, sind oft schon ziemlich verjährt und dementsprechend nicht leicht auffindbar: Wilhelms Mommsens *Deutsche Parteiprogramme* stammt aus dem Jahr 1964 und Wolfgang Treues *Deutsche Parteiprogramme 1861-1956* aus dem Jahr 1956. *Deutsche Parteiprogramme 1861-1956* war nur noch bei Antiquariaten erhältlich und nicht bei Bibliotheken. Das Buch wurde im Internet bestellt und hat sich leider erst später als unvollständig herausgestellt (manche Parteiprogramme fehlten). Mommsen *Deutsche Parteiprogramme* war auch an einigen Stellen nicht vollständig und es fehlten einige Passagen (z.B. bei den Parteiprogrammen der DNVP und KPD). Deshalb mussten diese Parteiprogramme in selbstständiger Buchform besorgt werden. Aus diesem Grund wird in Zukunft (falls möglich) eine Digitalisierung der Parteiprogramme durchgeführt, um zukünftige Forschung zu erleichtern.

5.0 – Literaturverzeichnis

- Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (Hrsg.): *Bundeswahlgesetz § 6 Wahl nach Landeslisten*. 2017. https://www.gesetze-im-internet.de/bwahlg/_6.html (22.4.2017).
- Deutsche Volkspartei (Hrsg.): „*Grundsätze der Deutsche Volkspartei*.“ In: Treue, Wolfgang: *Deutsche Parteiprogramme 1861-1956. Quellen zur Kulturgeschichte*. 2. Auflage. Göttingen: Musterschmidt-Verlag 1956, 117-125.
- Deutsche Zentrumspartei (Hrsg.): „*Aufruf und Leitsätze der deutschen Zentrumspartei vom 30. Dezember 1918*.“ In: Mommsen, Wilhelm (Hrsg.): *Deutsches Handbuch der Politik*. 7. Band. München: Olzog Verlag 1964, 481-486.
- Deutschnationale Volkspartei (Hrsg.): *Grundsätze der Deutschnationalen Volkspartei*. Berlin: Deutschnationale Schriftenvertriebsstelle 1920.
- Fuhrer, Armin (Hrsg.). *Armin Fuhrer*. 2017. <http://arminfuhrer.de/> (25.4.2017)
- Hortschansky, Günther. Küster, Heinz & Naumann, Horst (Hrsg.): *Protokoll des Gründungsparteitages: der Kommunistischen Partei Deutschlands 1918*. Berlin: Dietz Verlag 1972.
- Jordan, Stefan (Hrsg.): *Einführung in das Geschichtsstudium*. Stuttgart: Philipp Reclam Verlag 2005.
- Mommsen, Hans (Hrsg.): *Aufstieg und Untergang der Republik von Weimar 1918-1933*. 4. Auflage. Berlin: Ullstein Taschenbuchverlag 2016.
- Mommsen, Wilhelm (Hrsg.): *Deutsches Handbuch der Politik*. 7. Band. München: Olzog Verlag 1964.
- Sozialdemokratische Partei Deutschlands (Hrsg.): „*Aktionsprogramm des Vereinten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, angenommen am 24. September 1922*.“ In: Mommsen, Wilhelm (Hrsg.): *Deutsches Handbuch der Politik*. 7 Bde. München: Olzog Verlag 1964, 458-461.
- Staadt, Jochen (Hrsg.). *Wegbereiter der Diktatur*. 2011 http://www.deutschlandfunkkultur.de/wegbereiter-der-diktatur.1270.de.html?dram:article_id=191567 (25.4.2017).
- Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (Hrsg.): „*Aktionsprogramm des Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und Resolution zur Internationale, Dezember 1919*.“ In: Mommsen, Wilhelm (Hrsg.): *Deutsches Handbuch der Politik*. 7. Band. München: Olzog Verlag 1964, 445-449.

- Winkler, Heinrich August (Hrsg.): *Weimar 1918-1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie*. 4. Auflage. München: Verlag C.H. Beck 2005.
- Deutsche Demokratische Partei (Hrsg.): „*Programm, Dezember 1919.*“ In: Mommsen, Wilhelm (Hrsg.): *Deutsches Handbuch der Politik*. 7. Band. München: Olzog Verlag 1964, 508-514.